

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 47

Duisburg, den 23. November 1929

30. Jahrgang

Arbeiterbildung als Grundlage des Arbeiteraufstiegs

Neben unserer Werbearbeit im Herbst steht die gesteigerte Bildungsarbeit unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes. Wenn die Bildungsarbeit an unserer Kollegenschaft auf das ganze Jahr hindurch mit Ernst und Hingabe von unsern freigestellten Kollegen betrieben wird, so bringen doch Herbst- und Winterszeit vermehrte Aufgaben. Unterrichtskurse, Wochenendkurse für Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte, für Jugend und Arbeiterinnen werden durchweg von allen Verwaltungsstellen unseres Verbandes in vergrößertem Umfange gemacht. Das bedingt eine Unmenge Arbeit in den Verwaltungsstellen, die für die Kollegenschaft geleistet wird und geleistet werden muß.

Es mag vielleicht eine Anzahl Kollegen geben, die der Ansicht sind, daß diese Bildungsarbeit ohne Zweifel interessant, lehrreich, ja auch wichtig sei, aber im allgemeinen ginge es ja auch „so“, und einen Unterrichtskursus könne man sich schon mal schenken, zumal man bereits zehn oder mehr Jahre organisiert sei. Ein Unterrichtskursus sei doch mehr für gewerkschaftliche Anfänger da. Das ist eine grundsätzliche Ansicht. Je weiter die Arbeiterschaft vorwärtsdringt in der Mitverantwortung in Politik, Wirtschaft, in Recht, Staat und Volk, um so tiefgreifender und schwieriger werden die Probleme, die zu meistern sind. um so mehr bedarf die Arbeiterschaft der genügenden Kenntnisse und Einblicke in die verwickelten Verhältnisse. Was wir soziale Frage nennen, beginnt erst allmählich in ihrem ganzen Umfange vor uns zu erstehen, und ihre Lösung in einem für die Arbeiterschaft gerechten Sinne ist wesentlich bedingt durch die geistigen Kräfte, die aus der Arbeiterschaft losgelöst und im sozialen Ringen eingesetzt werden können.

So ist also die Bildungsarbeit eine Voraussetzung des Arbeiteraufstiegs schlechthin. Was will unser Christlicher Metallarbeiterverband mit der Bildungsarbeit erreichen? Zur Beantwortung steht die Frage: Wie formen wir uns selbst und die Metallarbeiterschaft, daß sie fähig wird zum Wollen, Erfassen und Gestalten dessen, was notwendig ist für Beruf, Stand, Volk, Persönlichkeit? Wir reden von Arbeiterbildung und Arbeiterkultur. Was heißt das eigentlich? Das Wort „Kultur“ entstammt dem lateinischen Wort „colere“, pflügen, den Acker bebauen, im weiteren Sinne: hegen, pflegen, vervollkommen, entwickeln. Im Ackerbau liegt der Anfang der Kultur, aus dem Boden keimen Kräfte und Säfte, keimt Unkraut oder gute Frucht. Boden zu verbessern, leblose und belebte Natur zu veredeln, ist stets eine Aufgabe des Menschen gewesen.

Ist nicht Volk, Mensch, Seele, Geist der gleiche Boden, aus dem Saat entsproßt für die Hebung der Menschheit! Wenn dieser Boden nicht beackert, gepflügt, gehegt, entwickelt wird, dann sprossen aus ihm nicht nur Fortschritte, sondern auch tiefste Hemmnisse für den Menschheitsweg. Diese Kultiv-

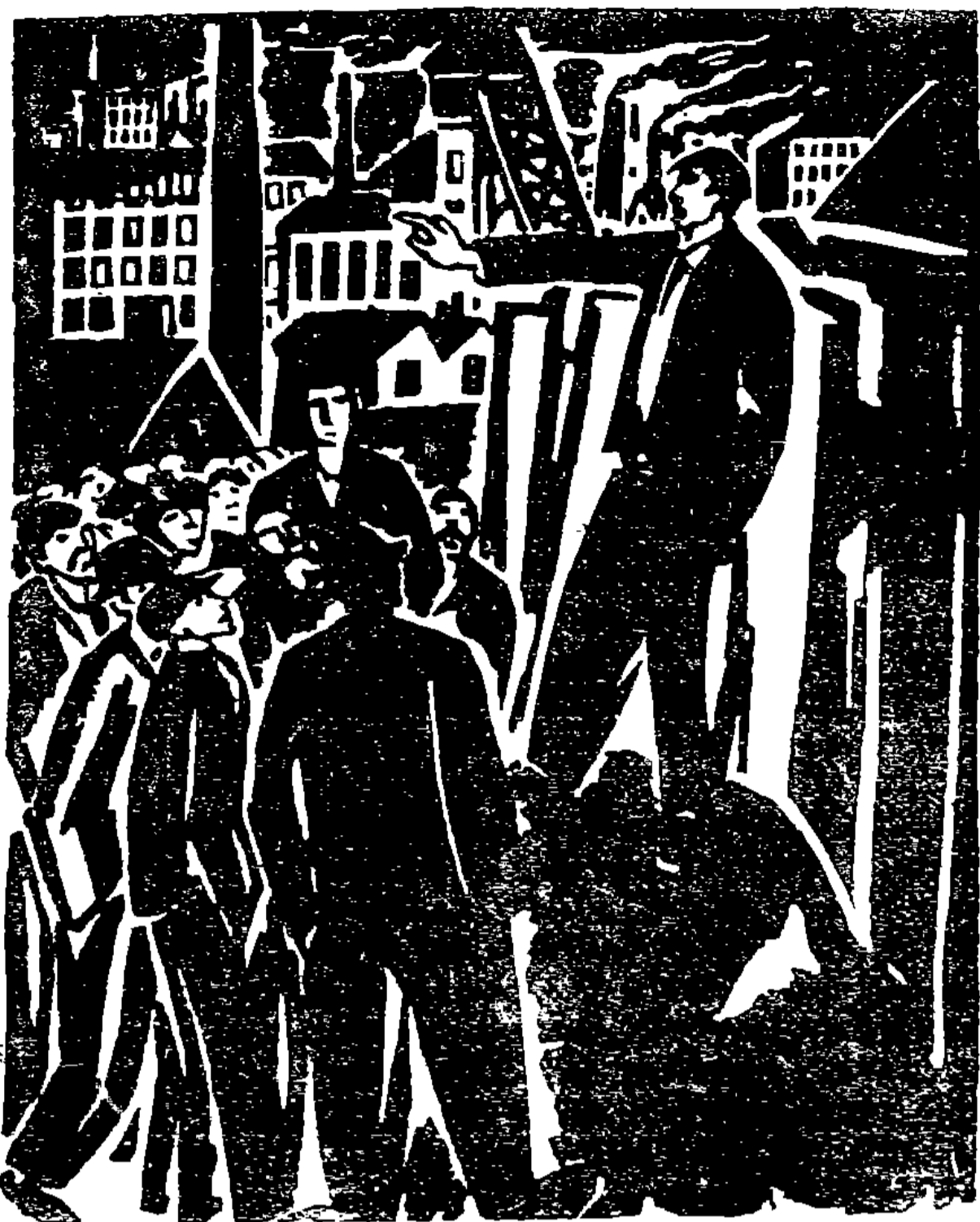
ierung des Menschen nennen wir Bildung. So wichtig die Bildung des Körpers ist durch vernünftige Lebenshaltung, durch geregelten Sport, das allein genügt nicht. Wichtiger ist die Bildung der Seele, die Bildung von Geist, Wissen, Verstand, aber noch viel mehr die Bildung des Herzens, des Gemütes. Da sollen die wahren sozialen Tugenden erwachsen: Güte, Treue, Wahrhaftigkeit, Solidarität, Gerechtigkeit, Nächstenliebe. Wir werden zwar nie das Ideal erreichen. Aber der Wert liegt im Streben danach. Und mögen auch Fehler vorkommen, im „Faust“ von Goethe heißt es mit Recht: „Ein edler Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges stets bewußt.“

Aber diesem Streben stellen sich drei böse Feinde in den Weg. Der größte Feind der wahren Bildung ist die Eitelbildung, der zweite die Trägheit, der dritte die Unbeständigkeit. Die Eitelbildung, die alles besser wissen will, unbeschadet um Erfahrung, Alter und Klugheit; die glaubt, sie sei der Mittelpunkt im Leben einer Sektion oder Ortsverwaltung und alles müsse sich nach ihr allein richten; die sehr schnell beleidigt ist und dann die „Brocken hinhaut“ bei der Mitarbeit im Verband. Die Trägheit, die glaubt, im Zeitalter der Truste und Konzerne ginge es noch wie im Schlaraffenzeitalter, wo einem die gebratenen Tauben in den Hals flögen und daher Gottes Wasser über Gottes Land laufen läßt; die nie dabei ist, weder bei Versammlungen noch bei der Werbearbeit, und der Ansicht ist, man brauche das Verbandsorgan nur von außen anzusehen. Die Unbeständigkeit ist die „Intervallenarbeiterin“. Heute mit Voll Dampf, als sollte Rom an einem Tage erbaut, als sollten alle Unorganisierten mit einem Schlage organisiert werden, und morgen ist alles wieder verpufft, müde, matt, gleichgültig. Diese drei Feinde gilt es besonders auch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen.

Wenn wir also von Bildung reden, dann denken wir an die Formung des ganzen Menschen. Des ganzen Menschen. Also nicht einseitig Bildung der körperlichen Seite, nicht einseitig Wissensbildung, sondern Bildung von Herz und Hirn, geistige und seelische Formung des Verstandes und Charakters. So wollen wir den Menschen, dessen ganzes Tun getragen ist von dem Gedanken, daß er dem Gesamten in allem verhaftet und verbunden ist. Wer sich in diesem Sinne bildet, ist wahrhaft sozial. Wer nicht sozial ist, in dessen Bildung ist eine große Lücke, ganz gleich, wieviel er weiß. Ausschlaggebend bei allem, ist der Wille. Wille und Herz sind die Spiralkräfte alles menschlichen Geschehens, auch der gewerkschaftlichen Organisation.

Dieser Wille drängt zur Betätigung; er will schaffen, erschaffen, Schöpfer sein. Alle Schöpferfähigkeit des Menschen geht durch seine Handlungen. Sie zeigen seine Fähigkeit und die Möglichkeit, Kulturträger zu sein.

Und nun sehen wir uns die Umwelt an, in der wir und gegen die wir als Arbeiter unser Bildungsideal und unser



„Der Aufstieg der Arbeiterschaft wird nicht erkämpft durch Handgranaten und Barricaden, sondern durch die Kraft des Arbeitergeistes und der gewerkschaftlichen Solidarität.“

Bildungswollen durchgehen müssen. Da steht die bürgerliche Gesellschaft, groß in ihren technischen und zivilisatorischen Leistungen, die sogar den größten Sozialisten Karl Marx zur Bewunderung hinrissen. Ihr Sinn ist: Erwerb, Mehrwert, schrankenlose Ausbeutung. Weil die bürgerliche Gesellschaft im Besitz des Kapitals sich befand, folgerte sie daraus, daß sie sich auch im Besitz der Bildung befinden müsse. Es wurde das Wort geschaffen von den „Schichten von Besitz und Bildung“. Da die arbeitenden Schichten keinen Besitz hatten, wozu brauchen sie dann eine Bildung? Man gab ihnen die Volksschulen und schnitt ihnen durchgängig den Weg zu den höheren Schulen ab. Die bürgerliche Kaste hatte sich so nach unten hin abgekapselt, daß derjenige, welcher sozial

dachte und für die unteren Schichten sich einsetzte, bojkottiert wurde. In Dulsburg fand sich beim ersten Formerkampf 1889 kein Rechtsanwalt, der die angeklagten Former verteidigt hätte aus Furcht vor dem gesellschaftlichen Boykott. Heute hat man zwar das schöne Wort geprägt: „Freie Bahn dem Tüchtigen“, aber gleichzeitig sucht man durch eine Aufhäufung des BerechtigungsweSENS wiederum den unteren Schichten den Weg zu verbauen. Der Schein, der Schein! Shylock, der Jude in Shakespeares „Kaufmann von Venedig“, besteht nicht ärger auf dem Schein, als es heute wieder in Deutschland der Fall ist. Das Zeugnis, das Diplom her und der Bewels der Dollbürgerlichkeit ist erbracht! Sichert der „Schein“ seinem Besitzer unbedingte Vorrechte gegenüber dem Nichtbesitzer, so bindet er ihn andererseits an ein bestimmtes Niveau der Gesellschaft, wozu dem Nichtbesitzer der Weg verschlossen ist. Ganz geschickt versucht die bürgerliche Gesellschaft hier, die Abschließung wieder herzustellen, die durch das gleiche Wahlrecht in weitem Maße geöffnet schien. Wenn jener Schuster in Berlin ein Schild aushängt, daß nur Schüler höherer Lehranstalten als Lehrlinge angenommen werden, wie es kürzlich geschehen ist, so mag diese Tatsache Kopfschütteln hervorrufen. Daß aber Reichs- und Staatsministerien dem von ihnen geprägten Satz „Freie Bahn dem Tüchtigen“ ebenso gründlich hinter die Ohren schlagen, läßt für die Zukunft nicht viel zur Ueberwindung volklicher Gegerjäge erhoffen.

Nun stehen wir als Arbeiter gleichberechtigt im Staat und in der Gesellschaft und dennoch vielfach abgeschlossen. Um was geht nun unser Ringen? Die Arbeiterschaft muß ihre errungene Stellung im Volksganzen, deren Schwerpunkt vor allem in der selbständigen Mitträgerschaft von Herrschaft und öffentlicher Gewalt im Wirtschaftsleben liegt, auch als aktive Trägerin geistigen Lebens bewahren. Diese Tatsachen gilt es klar zu erkennen und auf unsere sozialpolitische und wirtschaftliche Tätigkeit anzuwenden. Die geistigen Kräfte sind es, die die Menschheit bewegen und vorwärtstreiben. Diese geistigen Kräfte in der Arbeiterschaft abzustoppen oder am liebsten gar nicht zur Entfaltung kommen zu lassen, war stets eine Aufgabe des Kapitalismus. Der Kapitalismus wußte, warum er das tat. Eine geistig beengte, stumpfsinnige Arbeiterschaft rollt keine sozialen Fragen auf. Sie mag mal explodieren, Maschinen zerstören und Fabriken, aber ausgebraust sinkt sie wieder in ihre Lethargie zurück. Die soziale Frage der Arbeiterschaft kann nur durch geistige Kräfte und Bildungsarbeit an und von der Arbeiterschaft selbst gelöst werden. Und deshalb der Kampf des Kapitalismus dagegen. Darüber das nächste Mal. G. W.

Werbearbeit für unseren Verband

Nun stehen wir mitten in der Herbstwerbearbeit. Der Monat Oktober war in der Ortsverwaltung Essen als Anfangsmonat bestimmt. An jedem Sonntag, des Morgens nach dem Gottesdienst, zogen die Kollegen nach den Wohnungen der durch Adressen angegebenen Unorganisierten. Treppauf und treppab bis zum fünften Stock wurden sie aufgesucht. Bei manchem mußte der Vertrauensmann mit seinem Begleiter erst einen harten Strauß ausfechten, aber der Mut ging nicht verloren, und wenn die Aufnahme erfolgte, war die Freude desto größer. Mancher von den aufgenommenen Kollegen war in der Werkstatt nicht zum Eintritt in den Verband zu bewegen, aber die Hausagitation hatte ihn bezwungen: oft half noch die tapfere Frau des Kollegen mit für die Aufnahme.

Nach einigen Stunden treffen die Agitationstrupps wieder zusammen, und dann gibt's rege Aussprache über die Ergebnisse des Morgens. Die Aufnahmen werden zusammengezählt. Wer an dem Morgen nichts erreicht hat, ist oft ärgerlich und hofft, am nächsten Sonntag im anderen Bezirk die Scharte auszuwehen, und meistens ist es noch geglückt. An vier Sonntagen im Oktober sind die Kollegen auf Tour ge-

wesen, und der Erfolg waren mehrere hundert Aufnahmen. Durchweg waren es 30 bis 40 Kollegen, die an der Werbearbeit teilnahmen.

Unsere Jugendabteilung hatte eine besondere Agitation allein unternommen und auch einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Wir sind ein gutes Stück vorwärtsgekommen, und trotz der schlechten Wirtschaftslage hat die Mitgliederzahl unserer Ortsverwaltung zugenommen. Würden noch mehr Mitarbeiter sich in den Dienst der guten Sache stellen, so würde das nur zum Nutzen der Arbeiterschaft sein.

Die Stärke des Christlichen Metallarbeiterverbandes muß und soll unser Ziel sein. Die Arbeiterschaft ist zum großen Teil bedrückt; Kurzarbeit und Feiertagslohn sind augenblicklich an der Tagesordnung. Aber eins muß doch endlich durchdringen: Nur die Selbsthilfe ist die Stärke der Arbeiterschaft! Spare man nicht an der verkehrten Stelle! Die Beiträge für die Organisation haben immer noch zum Wohl und Nutzen der Arbeiterschaft beigetragen. Wenn wir nun in der Hausagitation weiter fortfahren, so wollen wir daran denken, daß nur ein starker Christlicher Metallarbeiterverband unsere Lebenslage verbessern kann. Jakob Hohn, Essen. 1

Organisierte Unwirtschaftlichkeit und Steuerzahler

Es muß früher oder später der wunde Punkt eintreten, wo wir von der Last der Schreiberel und besonders von der Bürokratie erdrückt werden.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, I. Band.



Wegerwald hat am Sonntag, 10. November, auf einer großen Versammlung in Bottrop eine sehr beachtenswerte Rede gehalten. Wenn wir auch nicht in allen Einzelteilen, wenigstens so weit die Presse die Worte wiedergab, uns konform erklären können, so hat er doch besonders in der Frage der Verwaltungs- und Finanzreform Worte gefunden, die den Ernst der Situation, in der wir uns befinden, weitgehend kennzeichnen. Es muß nur wundernehmen, daß weder Herr Severing, Reichsinnenminister, noch Herr Hilferding, Reichsfinanzminister, näher auf diese Fragen eingehen. Man darf doch der Ansicht sein, daß das wesentlichste Aufgabe dieser beiden Herren wäre. Oder erscheint ihnen als Sozialisten so etwas heißes Eisen zu sein. Wir haben Verständnis für Liebhabereien, als da sind Rundfunkreden bei allen möglichen Gelegenheiten, aber wichtiger erscheint uns vom Standpunkte des Gesamtvolkes und der arbeitenden Schichten die Frage der Verwaltungs- und Finanzreform.

Lobredner sprechen von Deutschland als dem Land der Ordnung und der Organisation. Das stimmt ohne Zweifel, wenn man unter Ordnung die geregelte Exaktheit versteht. Das deutsche Volk ist auf einem unverhältnismäßig engen Raum zusammengedrängt, mit Bodenschätzen ist es nicht allzu sehr gesegnet. Seine politische Lage wird lange hin angespannt bleiben, nicht minder auch, dadurch mitbedingt, seine wirtschaftliche Lage. Ohne eine starke Organisationskraft sind die Lebensmöglichkeiten für das deutsche Volk gar nicht zu schaffen. Wir suchen zu rationalisieren, wir führen einen Kampf gegen die Vergeudung wirtschaftlicher Kräfte, wir haben einen hohen Grad der Verwertung wirtschaftlicher Abfälle erreicht. Das verdanken wir neben der Wissenschaft unserer Organisationsgabe.

Aber diese an sich gute und notwendige Organisationskraft beginnt bei uns sich in einem gefährlichen Maße hinaufzuheben in die Ueberorganisation, woraus dann eine Unwirtschaftlichkeit entsteht. Ja, man ist wohl berechtigt, heute schon von einer Organisation der Unwirtschaftlichkeit zu sprechen. Das ergibt sich aus der immer größeren Verbeamtung der Wirtschaft sowohl als auch der Verbeamtung des Staates.

Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, als ob diese „organisierte Unwirtschaftlichkeit“, wie Bente sie treffend genannt hat, sich wesentlich im Staatsleben vorfinde. Die Formen und Äußerungen unseres Wirtschaftslebens zeigen auf den gleichen Weg. Wir mögen das mit sehr schönen Namen belegen, wie wissenschaftliche Betriebsführung, Dienstprinzip (wie es Ford vorschwebt), internationale Kartelle, Konjunkturpolitik usw., sie stehen am Anfang der Ueberorganisation. Das Mittel wird zum Zweck. Die Vorschrift

ersetzt das lebendige Leben. Je mehr Vorschrift, desto mehr Unwirtschaftlichkeit. Das individuelle Sein wird unterdrückt zugunsten der Organisationsmaschinerie. Wer sich der wirtschaftlichen Organisation nicht unterwirft, läuft Gefahr, als Außenseiter von den Rädern der Wirtschaftsmaschine auf dem Wege des Boykotts, des Sperrens der Kredite und Materialien zermalmt zu werden. Der sogenannte individuelle Unternehmer, der so gerne als die Kraft der heutigen Zeit geschildert wird, lebt fast nur noch in Robinsonaden; in Wirklichkeit zwingen ihn Kartelle, Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw. ein.

So ist denn diese Organisation der Unwirtschaftlichkeit nichts anderes als das Absehn des Menschen im Bereich der schöpferischen Herrschaft zugunsten unschöpferischer Form. Wenn die Form zum Gesetz wird, dann ist es mit dem schöpferischen Schaffen zu Ende. Dann wird der Bürokrat erzeugt, für den ein immer komplizierter werdender Instanzenzug das höchste der Gefühle darstellt, der mit geradezu seltsamer Wollust das kleinste Pöstchen mit einem Kranze von Nebenpöstchen, und sei es nur mit einer untergeordneten Stenotypistin, ausgestalten möchte, der eifersüchtig darüber wacht, daß die Arbeitszimmer nicht nach der Notwendigkeit der Arbeitslage, sondern dem Range nach verteilt werden. Er ist der Ressortmensch, dem nicht das Ganze, sondern sein Weltchen als der Kachel der Geschehnisse erscheint, immer exakt, korrekt; aber seine ganze Tätigkeit ist eine Kluft zwischen Vorschrift und Leben. Diese Vorschrift, diese Form entbindet von dem verantwortungsvollen Eigenbescheid. Man steht im Dienste der Form. Man findet in ihr seine Ruhe. Nur das Leben, das vielgestaltige, pulsierende Leben findet keine Ruhe. Aus dem Lager der Bürokratie erschallt auch der Ruf nach Sachministern. Seltsam nur, daß die lebensnäheren Engländer, Amerikaner oder Franzosen das nicht tun. Es ist immer der verhängnisvolle Glaube der Bürokraten gewesen, durch Änderungen von Zuständigkeiten und Dienstvorschriften das reformieren zu können, wo nur ein großer Blick für das Gesamte retten kann.

Das alles trifft nicht nur auf den Staat zu, die gleichen Gefahrenmomente liegen auch für die Wirtschaft offen. Ueberall da, wo man ein Aufhäufen großer Beamtenszahlen sieht, erleben wir eine Degenerierung einer Institution. Max Weber hat in seinem Buch „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“ schon 1918 ausgesprochen, was wir heute als fürchterlichen Druck der Unwirtschaftlichkeit empfinden, nämlich, daß diese organisierte Unwirtschaftlichkeit zur Lethargie und zur Erstarrung führe: „Es ist kein geschichtliches Beispiel dafür bekannt, daß sie (die Verbeamtung — Die Red.) da, wo sie einmal zur völligen Alleinherrschaft gelangt war — in China, Aegypten, in nicht so konsequenter Form im spätromischen Reich und in Byzanz (Ostrom) —, wieder verschwunden wäre, außer mit dem völligen Untergang der Kultur, die sie trug.“

Verwaltungsgang und Bearbeitung eines Fluchtlinienplanes

für die Siedlung der Gemeindefreigemeinschaft Schulzendorf, im Behauf Schulzendorf des Bez.-Amts Reinickendorf.

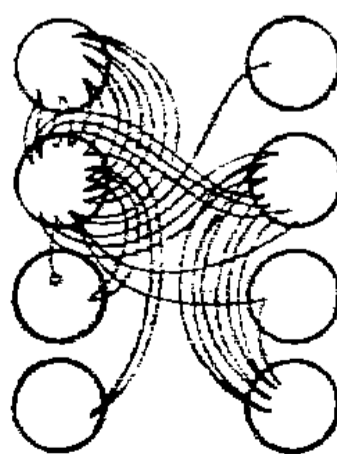
Städtische Dienststellen. Städtische Dienststellen.

Bezirksamt

Bezirksamt

Magistrat

Behörden-Versammlung



insgesamt 570 Tage, 4 Jahre, 3 Monate, 20 Tage.

Verwaltungsgang und Bearbeitung bis Baubeginn der Hilfsschule in Spandau.

*

Bezirksamt

Magistrat

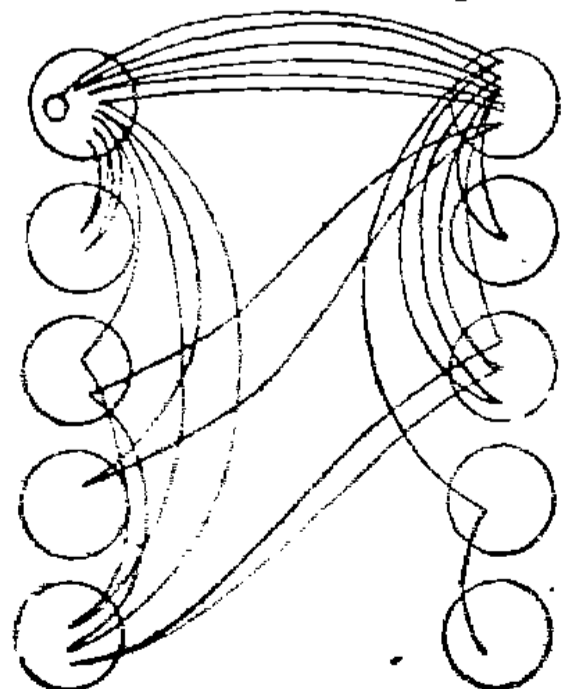
Schuldeputation

Grundstücksamt

Bezirksamt

Bezirksamt

Hochbau-Deputation



Schuldeputation

Kammerer

Hochbau-Deputation

Magistrat

Stadtverordneten-Vollversammlung

insgesamt 222 2/3 Jahre, 3 Monate 8 Tage.

Das sind ja immerhin nette Aussichten, denen wir bei einer Steigerung dieses Systems entgegengehen. Ja, wenn das nur ein Privatvergnügen wäre, diese Organisierung der Unwirtschaftlichkeit, möchte man die Achsel zucken. Aber sie lebt aus der Kraft, aus der Produktivität, aus dem Geld der breiten Volksschichten. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Leistungen der Verwaltungsmaschinerie in keinem gefunden Verhältnis stehen zu den aufgewandten volklichen und finanziellen Kosten.

Man redet seit Jahren von Verwaltungsreform des Staates. Je mehr man davon redet, um so mehr besteht die Gefahr der Verdunkelung. Von Vereinfachung der Verwaltung wird bei den Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ländern schon wenig mehr geredet. Doch! Bayern ließ mal so etwas davon verlauten, ein Wunsch, den der „Simplifizimus“ treffend illustrierte. Er stellte folgendes in zwei Bildern dar: Früher mußte bei Hundstagen der Beamte seine Jacke selbst ausziehen; jetzt geschieht das durch eine maschinelle Vorrichtung. Man spart also Menschenkräfte.

Man wird nicht behaupten wollen, daß die deutsche Verwaltungsreform bis heute wesentlich weiter gediehen wäre. Wozu auch? Noch werden ja unentwegt die Steuern gezogen und neue Steuerquellen „erschlossen“. In Italien hat man sogar einmal Steuer auf Fenster erhoben. Der Reichsfinanzminister, der Sozialist Silberding, hat bis heute eine Finanzreform noch nicht in Angriff zu nehmen gewagt. Außer einigen Palliativmittelchen nichts!

Und wie im Staat, so sieht es in den Kommunen auch vielfach aus. Ein unentwirrbares Netz von Funktionen und Funktionchen, von denen jeder Inhaber behauptet, daß bei Nichtbefolgung — man nehme je nach Parteischattierung — die Republik, die Volksgemeinschaft, die Selbstverwaltung, die Mitbestimmung, das Recht des Bürgers Schaden nähme.

Und wie sieht das alles in Wirklichkeit aus?

Die vorstehenden Zeichnungen und Angaben sind einer Denkschrift entnommen, die am 24. August 1927 der Stadtbaurat Dr.-Ing. Martin Wagner (Berlin) abgeschlossen und

in seiner dienstlichen Eigenschaft durch eine Berliner Stelle weiterbrachte. In die Öffentlichkeit sind sie nie gelangt; die „Politische Wochenschrift“ ist jedoch in der Lage, daraus zu veröffentlichen. Die vielen Kreuz- und Querzüge der Zeichnungen sind die Instanzenwege, die zwei gemeinnützige Entwürfe in Berlin zu durchwandern hatten. Um eine Siedlung und um eine Schule handelte es sich. In beiden Fällen hatte die Stadt Berlin sich selbst die Bauerlaubnis zu erteilen. Das dauerte das eine Mal 2 Jahre, 3 Monate, 8 Tage; das andere Mal 4 Jahre, 3 Monate, 20 Tage. Wie gesagt, hier handelte es sich um städtische Angelegenheiten. Wie mag erst der Leidensweg des Privaten aussehen! Und wieviel unnütze Kraft wird vertan in Konferenzen, Kommissionen, Besprechungen, Sitzungen! Der arme Instanzenschimmel!

Sage keiner, das ist Berlin! Das ist nur ein Ausschnitt aus dem deutschen Verwaltungsleben überhaupt! Ueberorganisiert, schwerfällig, lebensfern: dahin beginnt sich das deutsche staatliche und kommunale Verwaltungsleben totzulaufen. Und die Wirtschaft ist bereit, auf dem Wege zu folgen.

Die Bürokratie hat es verstanden, sich zum notwendigsten Teil des Staates auszubreiten. Regierung und Parteien fürchten sich anscheinend, reformierend zuzufassen. Im Gegenteil, man ist schnell bei der Hand, 1,5 Milliarden Reichsmark an Gehaltserhöhung zu geben und bei den Arbeitern zu erklären, eine Lohnerhöhung sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht tragbar und die Sozialversicherung müsse eingeschränkt werden.

Der würde uns mißverstehen, der annehmen wollte, als würden wir gegen die an sich notwendige Beamtenchaft etwas sagen. Aber wir wenden uns gegen die Verbeamtung des Staates, gegen die Organisierung der Unwirtschaftlichkeit, gegen die Bürokratisierung. Die Beamtenchaft ist Glied und Dienststelle am Ganzen, nicht das Haupt. Sonst möchte es einst zu Spannungen zwischen produktiven und unproduktiven Schichten kommen, die für Volk, Wirtschaft und Staat die fürchterlichsten Gefahren auslösen würden. Von Regierung und Parteien fordern wir, namentlich im Hinblick auf die zu leistenden Reparationen, eine gründliche Verwaltungs- und Finanzreform. Wt.

Wirtschaftsgespenster im Saargebiet



Daß die im Versailler Diktat gegen den Willen der Saarbevölkerung festgelegte Loslösung des Gebietes auf die Dauer von fünfzehn Jahren mit der auf diese Frist folgenden Volksabstimmung über die fernere politische Gestaltung ausschließlich dem Zwecke dienen sollte, das Saargebiet Frankreich zuzuschicken, dürfte allgemein bekannt sein. Ebenso

sollte die wirtschaftliche Ueberfremdung der saarländischen Produktionsstätten demselben Zwecke dienen. Gerne totschweigen möchte man allerdings in gewissen Kreisen, die nach der erfolgten Rückgliederung die „politische“ Führung an sich reißen wollen, daß die saardeutsche Arbeiterchaft, besonders auch die christlichen Gewerkschaften, durch eine geradezu vorbildliche nationale Haltung alle politischen Absichten Frankreichs restlos vereitelt hat, obwohl das Verhalten gewisser deutscher Wirtschaftskreise im Saargebiet selbst die wirtschaftliche Ueberfremdung durch Frankreich ermöglicht hatte.

Kaum aber wird infolge der Haltung der Arbeiterchaft die Frage der Rückgliederung aktuell, schon beginnt die maulwurfsartige Tätigkeit der wirtschaftlichen Aftropolitiker im französischen Auftrage.

„Gearbeitet“ wird mit den verschiedensten Tricks. Vor allem wird die Lage der beiden Hauptindustrien, Bergbau und Schwerindustrie (erstere beschäftigt zur Zeit 57 000 und letztere 37 000 Arbeiter), durch die Rückgliederung nach dem Reiche als in ihrer Existenz gefährdet dargestellt. Man verweist auf die Verschiebung des Absatzgebietes der Saarkohlen von Deutschland nach Frankreich und betont, daß der Absatzmarkt nach Frankreich verlorengehe, als Folge die Gruben „zugemacht“ und die Belegschaft brotlos würde.

Ungeheuer ist diese Art der Propaganda nicht. Trotzdem wird sie keinen Erfolg haben, und zwar aus allgemein nationalen und wirtschaftlichen Gründen.

Wirtschaftlich aber liegen die Dinge doch etwas anders als die französischen Propagandisten selbst glauben.



Eisenwerk im Saargebiet

Die Kohlenfrage wird in allererster Linie im Saargebiet selbst gelöst werden, und zwar durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Bergbau und Schwerindustrie. Letztere ist der beste Abnehmer der Gruben. Ueber ein Drittel der gesamten Förderungen wird von der Schwerindustrie des Saargebietes an Ort und Stelle verbraucht. Diesen vernünftigen, eine rationelle Verwertung der Kohlen sichernden wirtschaftlichen Prozeß muß der zukünftige Besitzer der Saargruben durch eine kluge, diesem guten Abnehmer gegenüber stark protektionistische Preispolitik fördern. Das Interesse der saarländischen Berg- und Hüttenarbeiter erfordert die Sicherung des Absatzes der Saarkohlen an Ort und Stelle in stärkstem Ausmaße. Eine Tonne Eisen, in der zwei Tonnen Kohlen stecken, lassen sich billiger verfrachten als die Kohlen im Naturzustande selbst.

Soweit aber der Absatz außerhalb des Saargebietes in Frage kommt, bestehen nicht die geringsten Gefahren, wenn durch Schaffung geeigneter Verkehrswege (Saar-Pfalz-Kanal, billige Eisenbahntarife) die frachtliche Vorbelastung der Saarkohle vermindert wird. Hinzu kommt ein Moment, das eine ausschlaggebende Rolle spielt. Die Saarkohle ist ungeheuer reich an wertvollen Nebenbestandteilen und daher konkurrenzfähig gegenüber allen anderen Kohlenarten. Nicht umsonst hat man das Saarkohlenbecken als das größte Benzulinlager Deutschlands bezeichnet. Hinzu kommt, daß durch einen weiteren Ausbau des sogenannten Salernyverfahrens, das eine vorläufig noch begrenzte Verwendung der Stammkohlen zur Koksherstellung ermöglicht, sich neue Verwendungsmöglichkeiten für eine bisher etwas schwieriger abzusehende Kohlenforte ergeben.

Ist nun die Zukunft des Saarbergbaues gesichert, so kann von der Schwerindustrie nur dasselbe gesagt werden: Gewiß, Schwierigkeiten werden nicht ausbleiben. Geradezu lächerlich

aber muß es anmuten, wenn naive Gemüter eine Sperrung der Lothringer Minette für die Saarindustrie befürchten. Abgesehen davon, daß besonders in der Schwerindustrie französisches Kapital in starkem Ausmaße vertreten ist und schon hierdurch eine Sicherung des Erzbezuges besteht, ist Lothringen nicht nur darauf angewiesen, Erze zu verkaufen (dasselbe geschieht seit langem nach der Ruhr), sondern Frankreich ist auf den Bezug von Saarkohlen angewiesen. Nicht das Saargebiet bzw. das Reich braucht um gut Wetter anzuhalten, eher umgekehrt, d. h. Frankreich.

Bezüglich der weiterverarbeitenden Eisenindustrie gibt es ebenfalls ängstliche Gemüter, die von einer wirtschaftlichen Katastrophe infolge Verlustes des französischen Marktes reden. Die Werke, auf die es ankommt, werden sich halten. Besteht doch die Tatsache, daß die reichsdeutsche weiterverarbeitende Eisenindustrie ein ausgedehntes Absatzgebiet in Frankreich gefunden hat.

Auf alles Gewäsch von Gefahren betreffs Arbeitszeit usw. gehen wir nicht ein. Diese Fragen kann die Arbeiterschaft durch Ausbau ihrer Gewerkschaften nach Gutdünken regeln.

Sozialpolitisch und arbeitsrechtlich kann weder Frankreich noch ein autonomes Saargebiet der deutschen Saararbeiterschaft dasjenige bieten, was sie im Reich vorfindet. Zu bedauern ist es nur, daß gewisse deutsche Unternehmerkreise diese nationalen und politischen Imponderabilien gewissenlos mit Füßen treten. Abgesehen von allen nationalen Gesichtspunkten, ist es die deutsche Sozialgesetzgebung und nicht gewisse deutsche Unternehmerkreise, welche die Saararbeiterschaft nach dem Reich hinzieht.

Im Saargebiet selbst aber heißt es: Bange machen gilt nicht! Wir werden es schaffen! Aber nur dann, wenn die gewerkschaftliche Organisation stark ist. c . . . k.

Internationale Finanzkämpfe und Arbeiterschaft



Vor einigen Tagen stand die Presse voll von Mitteilungen über die Fahrt Mac Donalds, des englischen Premierministers und Führers der englischen Arbeiterpartei, nach Nordamerika, um dort über Friedensfragen zu beraten. Sicherlich werden neben den politischen auch wirtschaftliche Fragen erörtert worden sein: denn hinter allem Handeln der politischen Macht stehen heute die großen Wirtschaftsmächte.

Das kam ganz deutlich zum Ausdruck bei der Schaffung des Young-Planes. Die Politiker trauten sich schon gar nicht mehr zu, eine „gerechte“ Lösung zu finden, sondern überließen das Feld bereitwillig der Hochfinanz und der Industrie. Das also sollten die Herren sein, denen man noch ein objektives Urteil zutraute: die Herren Staatsmänner wollten nur sanktionieren oder ablehnen. Wie stark die Macht der wenigen war, die sich in Paris zur Debatte des Young-Planes versammelten, erhellt aus den kritischen Maitagen, in denen bei der Weigerung Deutschlands und dem Rücktritt Höglers das

ganze deutsche Börsen- und Kreditwesen schwere Schläge bekam. In Paris legte man die Milliarden fest und überließ es dann den Staatsmännern, im Haag sich um Millionen in die Saare zu fahren.

Der Young-Plan hat seinen Namen von Owen D. Young. Er ist der Leiter des größten Elektrizitätstrustes der General-Electric, der nicht nur in Nordamerika eine beherrschende Stellung hat, sondern auch Südamerika kontrolliert, in Italien, Frankreich und England großen Einfluß besitzt, dem es infolge seiner Kapitalmacht möglich ist, außerhalb Amerika große Elektrizitätswerke zu finanzieren und der auch einen Teil der deutschen AEG. kaufte. Young gilt als reiner Industrieller. Und neben ihm saß in Paris John Pierpont Morgan, mit dessen Hilfe Amerika auf allen Weltmärkten seine Finanzschlachten schlägt, der great old financier, der König des amerikanischen Dollars. Aber Morgan ist mehr als ein Bankier. In seinen Aufgabenkreis gehören Eisenbahnen, Schifffahrtslinien und der größte ameri-



J. P. Morgan



O. D. Young



Henry Ford



R. Mac Donald

lanische Stahltrakt, die Bethlehem-Steel-Corporation. Diese beiden, Morgan und Young, gelten als Exponenten amerikanischer Finanzmacht.

Diese amerikanische Finanzmacht, der Dollar, hat im starken Vorwärtsdrängen das englische Pfund in die Verteidigungsstellung gedrängt. Wallstreet gegen City, Dollar gegen Pfund, das ist die Devise. Entschieden ist der Kampf noch nicht. Es ist mehr als interessant, zu sehen, wie verbissen diese beiden auf den Weltmärkten kämpfen. Revolutionen werden entfacht, um Mandate über Länder zu erhalten, und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wird proklamiert, um einen bestimmten, für die Weltfinanz wichtigen Teil vom Mutterlande loszureißen. So inszenierte England im Jahre 1857 den Taiping-Aufstand in China, um durch einen Druck auf die chinesische Regierung die Einfuhr von Opium, jenem gefährlichsten aller Rauschmittel, nach China zu erzwingen. So entfesselte Nordamerika durch gute Dollars um die Jahrhundertwende im nördlichen Kolumbien das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, proklamierte unter seinem Schutze den Staat Panama und baute den Panamakanal. Noch vor zwei Jahren wollte es in dem an Erdschätzen reichen Nicaragua die „niedergetretene Volksseele zum Kochen bringen“; aber trotz reichem Dollarregen ist ihm das nicht gelungen. Die Kämpfe um das Erdöl zwischen der amerikanischen Standard-Oil und englischen Royal-Dutch zeigen die lebhaften Phasen dieses Kampfes. Jedes Land sucht sich von anderen unabhängig zu machen. England kontrolliert den Gummimarkt. Also gehen Ford und die General-Motors nach Südamerika und legen riesige Gummipflanzungen an. Nordamerika ist ein Hauptproduzent von Baumwolle. Also geht England hin und baut im nördlichen Sudan und in Ägypten Baumwollfelder über Baumwollfelder.

Das englische Kapital hatte bis zum Kriege unbestritten die Weltmacht. 80 Milliarden Mark hatte es ausgeliehen, davon die Hälfte an seine Kolonien, aber auch 13 Milliarden an Nordamerika. Der Grundstock des Morganschen Vermögens ist englisches Kapital, und es war daher ein sehr „vernünftiger Herzensakt“, wenn das Bankhaus Morgan die Alliierten finanzierte, mit Munition versah und Amerika langsam, aber sicher in die Kriegsteilnahme führte. Heute arbeiten schon an 3 Milliarden Dollars Nordamerikas als langfristige Anleihen im Ausland. Die Amerikaner rücken weiter vor. Die General-Electric kauften in England die großen Dickers-Werke (Eisenindustrie), schufen die Associated-Electric-Industrie mit 30 000 Arbeitern und brachen in das größte englische Elektrizitätsunternehmen, die Electric-Company, ein. Herr Ford hat bei London eine große Fabrik gebaut, und Morgan war der Ansicht, daß er in dem „nationalen“ englischen Chemietrust doch auch ein Wort mitreden müsse.

Wo Rohstoffe sind, ist der Amerikaner. Er beherrscht die Zinnbergwerke Boliviens, die Salpeterindustrie Chiles und kontrolliert einen Teil des brasilianischen Kaffees. Aber sein Hauptziel sind Gummi und Öl. Und im Ölerwerb sind die damned englishmen, die + + + Engländer sehr zähe. Sie tanzen den Nordamerikanern — unerhört — vor der Nase herum. In Venezuela (Südamerika) haben sie sich in den Besitz der wertvollen Oelfelder gesetzt, und Onkel Sam hatte das Nachsehen. Ja, jetzt haben sie sich sogar bis in die Nähe des Panamakanals herangepircht, angeblich, um dort Öl zu suchen. Der englische Oberst Dates hat vor zwei Jahren in Kolumbien große Konzessionen für die englische Regierung erworben, auf Grund deren England Eisenbahnen bauen, Schiffahrt betreiben, Straßen anlegen und eine eigene Polizei halten dürfe. Das aber schlug dem Faß den Boden aus. Der Dollar ließ eine „Volksbewegung“ entbrennen. Das entrüstete kolumbische Volk zog vor den Regierungspalast mit dem Ruf: „Kolumbia den Kolumbiern“, und schwang als Zeichen seines „ehrlichen“ Willens etliche alte Knarren. Die Regierung ließ die Konzessionen in der Versenkung verschwinden, Oberst Dates zog betrübt von dannen, und Onkel Sam rieb sich die Hände. Die Sphäre um den Panamakanal ist doch von Ewigkeit her für das amerikanische Volk vorgesehen gewesen, zumal sich so etwas ja auch noch mit Leichtigkeit aus der Bibel beweisen ließe.

Die Mission von Ramsay Mac Donald, dem englischen Premierminister und Parteiparteiler, nach Nordamerika sollte ohne Zweifel neben den politischen auch wirtschaftliche Fragen regeln. Es ist bezeichnend für das englische Parlamentsleben, daß bei der Rückkehr Mac Donalds ins Parlament Herr Baldwin, Führer der konservativen Opposition und schärfster Gegner Mac Donalds in der Indienfrage, diesem den Dank auch der Opposition aussprach für die großen Dienste, die Mac Donald England geleistet habe, und bat, als Ausdruck dafür an diesem Tage von allen weiteren Verhandlungen abzusehen. Und daneben liegt Deutschland!

Gegenüber dem Kapital steht die Arbeiterschaft, die in immer größere Kämpfe mit dem vereinigten Industrie- und Bankkapital verwickelt wird. Entgegen der Durchorganisation des Kapitals ist die Arbeiterschaft noch vielfach unorganisiert. Das muß sich auf Lebenshaltung und Rechte der Arbeiterschaft auswirken. Die internationale Kapitalkraft bedingt auch internationales Zusammenwirken der Arbeiterschaft. Deshalb sind auch die christlichen Gewerkschaften der Welt international verbunden. Das bedeutet keine Herabminderung des so bedeutsamen nationalen Denkens, sondern eine Notwendigkeit im Ringen mit dem internationalen Kapital. Mit Resolutionen und Staatsakten kann man dieser Macht schwerlich beikommen, wohl aber mit geschlossener gewerkschaftlicher Stärke. Hans Imhoff.

Bezirkskonferenz des Bezirks Danzig-Ostpreußen

Am Sonntag, 27. Oktober, fand im Deutschen Volkshause zu Danzig die gut besuchte Bezirkskonferenz für den Bezirk Danzig-Ostpreußen statt. Der Bezirksleiter Kollege Richard Galkowski begrüßte die Delegierten und besonders unsern 2. Zentralvorsitzenden Kollegen Karl Schmitz (Duisburg) auf das herzlichste.

In der umfangreichen Berichterstattung des Bezirksleiters wurde zunächst ein Rückblick geworfen auf die Vergangenheit. Seitdem im Jahre 1920 Danzig vom Deutschen Reiche getrennt und Ostpreußen mit Elbing durch den polnischen Korridor vom Deutschen Reiche abgeschnitten wurde, sei eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eingetreten. Die bisher bestehenden Militär- und Staatsbetriebe mußten umgestellt werden, und die Privatwerften mußten sich auf Friedensarbeit umstellen. Es bestand die Gefahr, daß einige Betriebe vollständig geschlossen werden sollten. Hierdurch ergab sich die erweiterte Arbeit der Gewerkschaften. Die ehemalige Kaiserliche Werft, jetzt Danziger Werft, blieb erhalten. Es

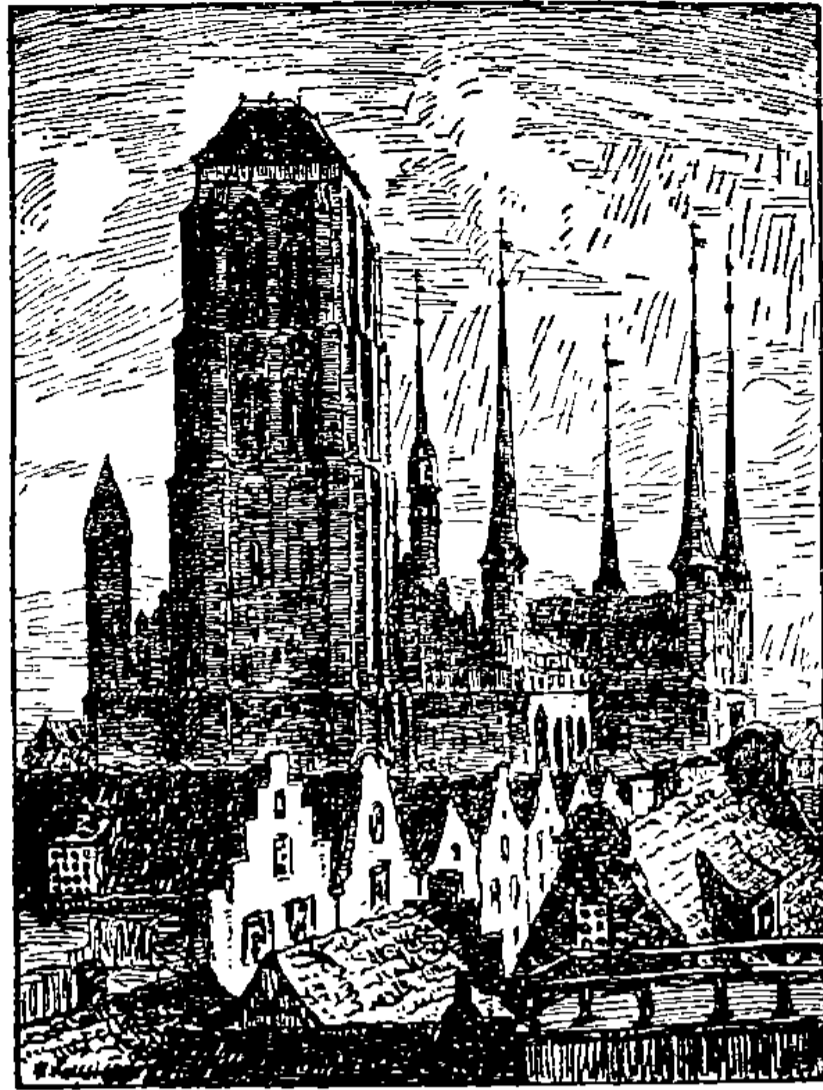
wurden Vereinbarungen und Verträge getroffen, daß Polen verpflichtet sei, polnische Arbeitsaufträge für die Danziger Werft sicherzustellen.

Ein besonderes Kapitel war die Arbeit, welche der Christliche Metallarbeiterverband geleistet hat zwecks Erhaltung der Waggonfabrik und der Schiffswerft Schichau, Danzig und Elbing. Durch die Erhaltung dieser beiden Werftbetriebe ist es möglich, mehr als 4000 Metallarbeitern Beschäftigung zu geben. Durch die Erhaltung der ehemaligen Kaiserlichen, jetzt Danziger Werft mit seinem Nebenbetrieb Eisenbahn-Hauptwerkstätte Tropl werden ebenfalls 4000 Arbeiter beschäftigt. Nur durch die Mitarbeit des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist das zustande gebracht worden.

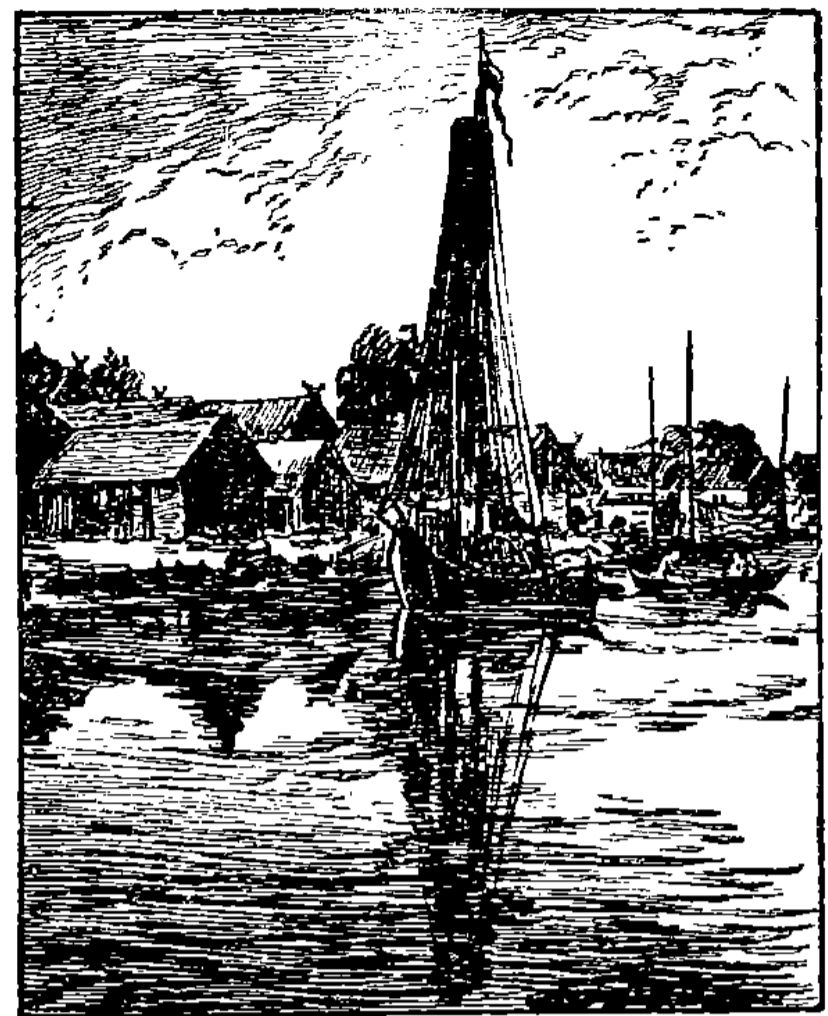
Die Lohn- und Tariffrage hat sich im Bezirk Danzig-Ostpreußen gut entwickelt. Als im November 1923 die Festwährung eingeführt wurde, war der Spitzenlohn eines Handwerkers in Danzig auf 25 P. festgesetzt. Tarifverträge waren nur sehr wenige vorhanden. Heute ist der Spitzenlohn in Danzig für einen Handwerker in einer Reihe von Berufen



Elbing



Marienkirche in Danzig



Fischerdorf in Ostpreußen

der Metallbranche auf 1,57 Gulden festgesetzt. Der Durchschnittslohn eines Handwerkers beträgt in Danzig 1,10 Gulden. Für alle Betriebe in Danzig und Ostpreußen sind Tarifverträge abgeschlossen. In den letzten vier Jahren ist der Stundenlohn für die Elbinger Kollegen um 16 P. gesteigert worden.

Mit besonderer Anerkennung wurde die Agitation und ihre Erfolge gekennzeichnet. Trotz der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage ging es im Christlichen Metallarbeiterverband in der Mitgliederbewegung vorwärts, und wir stehen dem sozialistischen Metallarbeiterverband in unserm Bezirk, was Gleichberechtigung anbetrifft und Anerkennung angeht, um nichts nach.

Die zur Zeit abgeschlossenen neuen Aufträge für die Firma Schichau, Firma Klawitter und Waggonfabrik in Danzig sowie die Arbeitsaufträge für Ostpreußen und die Sanierung der beiden Werften Schichau (Danzig) und Schichau (Elbing) geben die Gewähr, daß es bergauf geht. Wir haben nicht umsonst hier gestanden und gearbeitet und werden die Früchte unserer Arbeit auch ernten. Gewiß hatten wir in der Vergangenheit zu kämpfen und Opfer zu bringen; wir müssen in der Gegenwart mit nicht minder gleichen Opfern kämpfen, und in der Zukunft muß auch unsere folgende Generation mit der gleichen Ausdauer wie ihre Vorgänger arbeiten, denn nur so können wir unsern Christlichen Metallarbeiterverband vorwärtsbringen.

Die sich hieran anschließende Aussprache gab die Ergänzungen zu dem Bericht. Zwei Anträge, wovon sich einer mit der Jugendfrage und der zweite mit der Wahl der Delegierten

zur Generalversammlung beschäftigt, wurden angenommen. Die Wahl des Bezirksvorstandes erfolgte einstimmig.

Nach der Mittagspause versammelten sich nicht nur die Delegierten, sondern in stattlicher Anzahl hatten sich auch die Mitglieder eingefunden, um den Vortrag des 2. Zentralvorsitzenden Karl Schmitz (Duisburg) zu hören, der das Thema „Christentum und Arbeiterchaft“ behandelte. In markanten und packenden Worten zeigte uns Kollege Schmitz die Bedeutung des Christentums und seine Lehre für die Arbeiterchaft. Er wies nach, wie nur durch das Christentum der Arbeiter seine Rechte erworben hat, wie das Christentum die Sklaverei und die Achtung des Arbeiters, wie es zur Zeit des Heidentums war, beseitigt hat. Kollege Schmitz wies nach, wie die sozialistischen Gewerkschaften und die antireligiösen Arbeitgeber Hand in Hand arbeiten und wie durch solche Zusammenarbeit das moderne Sklaventum wieder eingeführt würde. An Beispielen zeigte uns der Referent, wohin die antichristliche geistige Auffassung hinführe, wenn nicht mehr das Wort von der Nächstenliebe gilt, sondern wenn das Wort Geltung hat: „Macht gibt Recht“.

Dieser packende Vortrag wurde von den Kollegen mit vollem Verständnis ausgenommen, und die sich daran anschließende Aussprache zeigte den geistigen Hochstand der Kollegen im Bezirk.

Ein Gelöbnis, es den Alten nachzutun, wurde abgelegt und mit einem dreifachen Hoch auf den Christlichen Metallarbeiterverband bekräftigt. Nunmehr gilt es, die besprochene Arbeit fortzusetzen, in der Agitation nicht zu erlahmen, das Errungene zu erhalten verstehen und für weitere Fortschritte einzutreten.

Rich. Gaikowski.

Umschau



Moldenhauer Wirtschaftsminister

Stresemanns Tod hat Veränderungen in der Besetzung des Reichskabinetts nach sich gezogen. Der bisherige Volksparteiler und Wirtschaftsminister Curtius wurde Außenminister und Prof. Moldenhauer, M. d. R., (Deutsche Volkspartei) Wirtschaftsminister. Prof. Moldenhauer ist kein Unbekannter. Als Wissenschaftler anerkannt und ebenso als Politiker, hat er aber im Eisenkonflikt eine Stellung eingenommen, die nicht gerade von besonderer Objektivität gegenüber der Metallarbeiterschaft zeugte. Das Schlichtungswesen erfreut sich nach Auslassungen im Dezember 1928 nicht gerade besonderen Wohlwollens des Herrn Moldenhauer. Nach ihm hat das Schlichtungswesen einen inneren Zusammenbruch erlebt. Sein Stiefpferd aber dürfte die Einheitsorganisation sein. Er glaubt, daß die Einheitsgewerkschaft die größere Verantwortung in sich trage. Die sozialistische Bewegung scheint nach seinen und seiner Freunde Darlegungen die annehmbarere, weil weniger gefährliche Organisation, zu sein.

So ist es denn verständlich, daß die Sozialisten bis weit in die kommunistischen Kreise hinein mit großer Selbstverständlichkeit die Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch Herrn Prof. Moldenhauer verkündeten, ganz entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit, jedem neuen Minister ein Bündel Wünsche und oft sehr extremer Art mit auf den Weg zu geben. Die Sozialdemokratie scheint also allerhand in Kauf nehmen zu wollen. Wir wünschen, daß es Herrn Prof. Moldenhauer als Wirtschaftsminister möglich ist, vor allem seine Stellung zum Schlichtungswesen einer Revision zu unterziehen. ... r.

Kohlenbezug im Saargebiet

Eine grundsätzliche Entscheidung fällt die Bergwerksdirektion für den Bezug der Deputatkohlen. Es lag folgender Fall vor:

Eine auf der Grube Camphausen beschäftigte Kameradschaft, die ihre Deputatkohlen mit der Bahn bezogen hatte, beschwerte sich bei dem Tarifauschuß ihrer Inspektion über die schlechte Beschaffenheit der ge-

liefern Kohlen. Der Tarifausschuß der Inspektion Camphausen verwies die Beschwerde an den Ausschuß der Inspektion X (Stüttgen) von wo die Kohlen bezogen werden mußten. Dieser Ausschuß lehnte wiederum die Beschwerde ab, weil die betreffende Mannschaft bzw. der Partiemann sich nicht zuerst bei dem in Frage kommenden Ingenieur beschwert hatte. Damit stand die Partei vor dem Ende. Die Direktion entschied nun, daß der Tarifausschuß der Inspektion zuständig sei, bei welcher die Kohlenbesitzer arbeiten.

Der Vogel des „Regulator“

Ein Vogel, besser ein Vögeltchen, ein ganz erbärmliches Piepmägen hat es dem „Regulator“ dem Verbandsorgan des Gewerkschaftsverbandes der Metallarbeiter angetan und ihn im 45. Jahrgang in der Nummer vom 8. 11. 29 aus seiner beschaulichen Ruhe aufgeschreckt. Das hat folgenden „Ursachen“. Unser Verbandsorgan Nr. 43 hat in seiner Frauenbeilage unter der von den Frauen unserer Kollegen gern gelesenen

Rubrik „Eine Minute für die Hausfrau“ auch eine kleine Notiz gebracht über die Behandlung des Kanarienvogels. So etwas erregt den „Regulator“ und er empfindet das als lächerliche Raumbeschwendung in einer Zeit, wo sozialpolitische Probleme brennend sind.

Und nun das Uffigste an der ganzen Sache. Der „Regulator“, ein Blättchen, das nur alle vierzehn Tage, und zwar nur halb so stark als eine einzige Nummer unseres Organs erscheint, druckt die ganze Notiz von 1 bis 3 ab und verschwendet also mehr seines „kostlichen“ Raumes als es bei uns der Fall ist für eine Sache, die ihm bei uns merkwürdig anmutet.

Ja, ja, der „Regulator“ hat so seine Sorgen! Da er mit dem Gewerkschaftsverband sich um Mitglieder keine Gedanken zu machen braucht, weil wenig genug da sind muß er schon was anderes unter die Lupe nehmen und sei es nur ein Vogel. Die ärztliche Wissenschaft hat konstatiert, daß Leute mit Arterienverkalkung sich wegen Kleinigkeiten erregen können. Das scheint auch zuzutreffen auf den „Regulator“ in bezug auf seinen Vogel.

Branchenbewegung



Badisches Schlosser- und Mechanikergewerbe

Am 10. Dezember 1928 wurde mit dem badischen Schlosser- und Mechanikermeister-Verband ein Rahmentarifvertrag für das badische Schlosser- und Mechanikergewerbe abgeschlossen, der am 1. Januar 1929 in Kraft getreten ist. In diesem Tarifvertrag ist es gelungen, für das badische Schlosser- und Mechanikergewerbe die allgemeinen Arbeitsverhältnisse einer festen Regelung zu unterziehen. Als die wichtigsten Punkte des Vertrages nennen wir die Bestimmungen über Arbeitszeit, Vergütung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Lohnzahlung, Urlaub, Verdienstabrechnung (Tariffschlüssel), Auswärtszulagen usw.

Als Ergänzung zum Rahmentarifvertrag wurde sodann am 16. Mai 1929 ein einheitliches Lohnabkommen für das Land Baden abgeschlossen, das am 27. Mai 1929 in Kraft trat. Die einzelnen Orte des Landes wurden in 4 Lohnklassen eingeteilt und für diese nach Altersgruppen abgestufte Mindestlöhne festgelegt.

Rahmentarifvertrag und Lohnabkommen sind durch Beschluß des Reichsarbeitsministeriums vom 30. September 1929 mit Wirkung ab 1. September 1929 für allgemein verbindlich erklärt. Damit sind auch die außerhalb des Landesverbandes badischer Schlosser- und Mechanikermeister stehenden Meister zur Durchführung der tariflichen Bestimmungen verpflichtet.

Auch der Lehrlingsverhältnisse haben wir uns wiederholt angenommen. Erreicht wurde die Gewährung eines jährlichen Lehrlingsurlaubs von mindestens 14 Tagen. Auf Grund des Erlasses des badischen Innenministeriums vom 5. 9. 1928 ist dieser Urlaub allen Lehrlingen zu gewähren. Die Lehrlingsvergütungen wurden ebenfalls für das ganze Land mit Wirkung vom 1. April 1929 neu geregelt. Unsere Verbandsvertretungen geben Auskunft über den Inhalt der Verträge und die Lehrlingsbestimmungen.

Aus allem geht hervor, daß die Gesellen und Lehrlinge im badischen Schlosser- und Mechanikergewerbe sich überall entschieden gewerkschaftlich rühren müssen damit die Durchführung der Verträge zur Tat wird. Auch die Lehrlinge und Eltern müssen sich mehr um die Verhältnisse kümmern und in unserem Christlichen Metallarbeiterverband sich einen Rückhalt sichern.

Ohne Organisation geht dies nicht; denn nicht der einzelne ist Vertragspartei, sondern die Organisation für die organisierte Kollegenschaft. Es wäre auch unehrenhaft, beschämend und schädlich, als „Drohne“ und bloßer Ruhnießer draußen zu stehen, ohne sich an der Verbandsarbeit zu beteiligen. Ohne starke Gewerkschaftsorganisation auch keine Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse.

Das Los der Industrieisenbahner

Der Christliche Metallarbeiterverband hielt in den letzten Wochen eine Anzahl Versammlungen der Industrieisenbahner ab, welche ein trauriges Bild über deren wirtschaftliche Lage abgaben. Die Werks- oder Industrieisenbahner muß man als besonders intelligente Arbeiterschaft ansprechen. Wenn trotzdem die wirtschaftliche Lage derselben heute eine so schlechte ist, so ist das nicht allein Schuld dieser Arbeiterkategorie selbst, sondern der Werdegang der Industrieisenbahner war ein falscher. Der sozialistische Heizer- und Maschinisten-Verband hat in früherer Zeit durch Radikalismus und durch wilde Streiks viel zur schlechten Lage beigetragen. Es löste ihn dann der Privatbahnverband ab, der möglichst alle ins Angestelltenverhältnis bringen wollte. Letzteres gelang ihm nicht, weil er als kleiner Verband nicht in der Lage ist die Tarifgrundlagen der gewaltigen Unternehmergruppe Nordwest zu ändern.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Industrieisenbahner kann nur durch eine Organisation erzielt werden, die Tarifkontrahent ist und die auch die Kraft und Stärke in sich hat die Forderungen und Wünsche der Werks- oder Industrieisenbahner nicht nur in einem einzelnen Werk, sondern in der ganzen Industrie zur Durchführung zu bringen.

Der Christliche Metallarbeiterverband, dem sich in letzter Zeit immer mehr Werks- und Industrieisenbahner anschließen, hat die Kraft und

auch den Willen, das Los dieser Sachgruppe zu mildern und zu verbessern. Nicht überspannte Forderungen und die Frage des Angestelltenverhältnisses sind dazu in der Lage, die Verbesserung herbeizuführen, sondern systematische Arbeit durch Auf- und Ausbau der Sachgruppen werden zu dem gewünschten Ziele führen.

Sachgruppen in den einzelnen Werken und Städten weiter zusammengefaßt in Konzerne und große Bezirke, Sachgruppen der ganzen Nordwestgruppe sind nur allein in der Lage Positives zu schaffen.

Auf Delegiertentagungen müssen gegenseitig Meinungen und Wünsche ausgetauscht werden zur Orientierung und zur Bessergestaltung der Lage und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Die große Verantwortung, die Gefährlichkeit des Berufes und die den Witterungsverhältnissen ausgesetzte Gesundheit muß im Verdienst und in der Arbeitszeit zum Ausdruck kommen. In die ganzen Arbeits- und Dienstmethoden muß mehr Arbeitschutz nach jeder Richtung gebracht werden.

Dieser Wille kam in diesen Versammlungen zum Ausdruck.

Durch Zusammenschluß im Christlichen Metallarbeiterverband, Sachgruppe Industrieisenbahner, wird dieses Ziel erreicht werden. ... e.

Walzwerksarbeiter

Am Sonntag, 19. Oktober, fand im Lokal zum „Goldenen Löwen“ eine Vertretertagung der Walzwerks- und Abjüstagearbeiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes des Ruhrgebietes statt.

Kollege Saje (Dortmund) hielt zunächst einen instruktiven Vortrag über die Lage in dieser Industrie allgemein. Durch die Abschaffung der Ortstarife seien besonders auch die Walzwerks- und Abjüstagearbeiter in ihren Lohnbezügen arg zurückgedrängt worden. Das jetzige System des Bezirkslohnabkommens, welches nur zwei Ecklöhne, den des Facharbeiters und den des Hilfsarbeiters festlege, genüge bei weitem nicht und öffne der willkürlichen Lohnzahlung der Unternehmer Tür und Tor. Die so viel gepriesene Methode der Arbeitgeber, sie wollen nach Leistungen zahlen, mache sich immer mehr in der Form bemerkbar, daß einige wenige Leute etwas verdienen, während alle anderen trotz Akkord und höherer Produktion Verdienste erzielen, die kaum notdürftig zum Lebensunterhalt beitragen. Die Hüttenindustrie stellte sich amerikanisch in der Produktionsleistung ein, indem sie scharf rationalisierte und so von der Walzwerks- und Abjüstagearbeiterschaft eine geradezu unmenschliche Arbeitsaktivität verlange. Besonders bezeichnend sei auch für die Amerikanisierung der deutschen Industrie, daß man eine bestimmte Zeit des Jahres, nämlich in den ersten 8 bis 9 Monaten, drunter und drüber arbeite mit Überstunden und Sonntagsarbeit und dann, wenn die Jahresproduktionsquote erreicht sei, einfach die Arbeiterschaft auf die Straße setze oder Feiertage einlege. Das Unternehmertum hat in viel kürzerer Zeit im Jahre die gleiche und höhere Produktion erreicht, also sein Geld verdient, der Arbeiter hat dazu redlich mitgeholfen, und zum Dank dafür kann er dann Feiertage machen oder er hat überhaupt keine Arbeit mehr. Will man amerikanische Arbeitsmethoden in Deutschland einführen, so muß man auch amerikanische Löhne zahlen.

Anstatt hier Einsicht zu haben rüfte die Großindustrie mit Macht, um die Lage der Arbeiterschaft noch mehr zu verschlechtern. Die Arbeiterschaft habe alle Ursache, auf der Hut zu sein und eine gemeinsame starke Gewerkschaftsfront zu bilden. In der Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß durch Betriebsregelungen die Uebersicht über den verdienten Lohn so unklar geworden sei, daß die Arbeiterschaft kaum in der Lage sei ihren Verdienst zu berechnen. Es komme häufig vor, daß Arbeiter am Lohnstage 30 bis 35 RM zu wenig hätten, bei Reklamationen gebe man den Leuten einfach Vorstoß um sie zu beruhigen und am nächsten Lohnstage sei derselbe Abzug wiederum da. Man bekomme so das Gefühl, als ob dieses mit Absicht gemacht würde, damit der Arbeiter es leid werde, seinen verdienten Lohn zu reklamieren, und er hat dann seinen Abzug weg.

Klage wurde auch geführt darüber, daß sozialistische Betriebsräte ihr Amt mißbrauchten zu unerlaubter Propaganda für den Sozialismus.

Das Betriebsratsbüro beim Eisen- und Stahlwerk Soesch sei zuweilen die Plakat Säule zur Propaganda für Freidenkertum gegen die Religionsgemeinschaften und vieles mehr. Trotz des Protestes der christlichen Betriebsräte habe man weiter geklebt. Auch gegen diesen Unfug müsse ganz entschiedene Front gemacht werden, weil durch solche Machenschaften das Betriebsratsgesetz gefährdet werde.

Kollege Hase hielt sodann einen weiteren Vortrag über die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung. Bezeichnend sei, daß diese sogenannte Reform ergebe, daß für die Erwerbslosen Verschlechterungen geschaffen worden seien. Daß dieses unter einer sozialistischen Regie möglich sei, beweiße, daß die Sozialisten in der Opposition wohl den Mund recht voll nehmen, aber nichts besser machen können.

Zum Schluß gelobten alle Anwesenden, mit Energie und Tatkraft sich für die Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes und somit zur Besserung der Lage der Walzwerks- und Abjustagearbeiter einzusetzen.

H.

Autogen-Schweißer und Brenner

Die Verwaltungsstellen Duisburg und Rheinhausen des Christlichen Metallarbeiterverbandes hatten ihre Mitglieder aus der Autogen- und Elektroschweißerbranche vor kurzem in das Soescher Vereinshaus eingeladen, um zu der praktischen und theoretischen Schulung dieses neu entstandenen Berufsstandes Stellung zu nehmen. Da für diesen Beruf im Gegensatz zu den anderen handwerksmäßigen Berufen eine besondere Lehrzeit nicht besteht, im übrigen aber die Anforderungen an das fachliche und theoretische Wissen sicher nicht geringer sind als in den anderen Berufen, ist es notwendig, den darin beschäftigten Kollegen die Möglichkeit einer besonderen Ausbildung zu verschaffen. Es bestehen nun in Deutschland bis heute zwei Lehranstalten, die sich dieser besonderen Aufgabe unterziehen. Die eine dieser Schulen ist in Berlin, die andere in Duisburg und nennt sich: Westdeutsche Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt. Die Leitung dieser Anstalt liegt in Händen des Herrn Diplomingenieurs Kallisch.

Herr Kallisch hielt nun am Sonntag in der von uns einberufenen Versammlung, deren Leitung in Händen des Kollegen Frett (Rheinhausen) lag, ein einleitendes Referat, betitelt: „Die Bedeutung der neuzeitlichen Schweißung für Wirtschaft und Berufsstand“. Im Anfang seiner Ausführungen wies er auf die Erfindung des elektrischen Lichtbogens hin, die im Jahre 1890 von Slawinoff gemacht wurde, aber bis zum Jahre 1900 ohne allzu große praktische Erfolge blieb. Erst in den folgenden Jahren wurde eine wirtschaftliche Herstellung von Sauerstoff und Wasserstoff möglich, der dann aber wieder durch Erfindung des Acetylen-gases als Schweißgas verdrängt wurde. Man nennt heute dieses Gas Königin der Gase. Brauchbare und wirtschaftliche Schneidbrenner wurden in Deutschland besonders in den Kriegsjahren erfunden und ist gerade diesbezüglich die Firma Kirberg in Berlin bahnbrechend für Deutschland geworden. Die Brauchbarkeit und auch die Verwendungsmöglichkeiten des autogenen sowie auch des elektrischen Schweißens sind unbegrenzt und wirtschaftlich besonders lohnend. Wir erinnern hier insbesondere an den Ersatz des Nietverfahrens durch das Schweißverfahren, womit andererseits auch eine starke Gewichtsverminderung besonders bei Brückenbauten verbunden ist, während andererseits die Verwendungsmöglichkeit des Schweißens im Kesselbau in Deutschland durch behördliche Maßnahmen noch stark zurückgedrängt ist. Die Ausbildung im Berufsstand der Schweißer hat nun leider nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung der Technik. Unsere Schweißer leiden heute insbesondere darunter, daß

fachmännisch gebildetes Aufsichtspersonal nicht genügend vorhanden ist, und jeder glaubt, durch eine 14tägige praktische Ausbildung sich die notwendigen praktischen Kenntnisse angeeignet zu haben. Daß dieses nun nicht der Fall ist, beweisen uns verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit.

Die Diskussion verlief sehr anregend, und es meldeten sich am Schluß fast sämtliche Kollegen zur Teilnahme an besonderen Fachkursen und sollen diesbezügliche Schritte von den beiden Verwaltungen sofort eingeleitet werden. Es wurde zugesagt, auch in geldlicher Hinsicht den Kollegen die Teilnahme zu erleichtern.

In den Kollegen wird es nun liegen, das Gehörte auch praktisch für sich und ihren Berufsstand zu verwerten. Erwartet kann werden daß sämtliche Kollegen an den Kursen teilnehmen und ihrerseits alles tun, um die noch abseits stehenden Kollegen für den Christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen.

G.

Elektromonteuere

Essen. In unserer Branche haben wir mittlerweile mit unserem Winterprogramm begonnen. In einer gut besuchten Branchenversammlung haben die Kollegen zu den von der Ortsverwaltung eingeleiteten Bestrebungen betr. der fachlichen Fortbildung der Elektromonteuere Stellung genommen. In einer lebhaften Aussprache wurde von den Kollegen anerkannt und unterstrichen, daß durch Branchenarbeit das Interesse der Mitglieder und der im Beruf tätigen Unorganisierten wachgerufen und erhalten würde.

Der Aufschwung in unserer Branche, wenn auch noch nicht zufriedenstellend, ist zum größten Teil auf unsere vielseitige Branchenarbeit zurückzuführen. Dieses Interesse für unsere Arbeit zeigte sich dann auch dadurch, daß unsere Kollegen sich mehr und mehr, immer steigend, an unseren Monatsversammlungen beteiligen und unter Zuhilfenahme der von der Branche herausgegebenen Mitteilungen, Versammlungseinladungen und Druckschriften sich agitatorisch auswirken konnten. Selbst in den Betrieben, in welche wir sonst auf Grund der bestehenden Verhältnisse nie hineindringen konnten, haben wir durch die intensive und individuelle Beachtung der Branche Fuß gefaßt und dadurch wiederum die gesamte Agitationsmöglichkeit auf eine breitere Grundlage gestellt. Auf der anderen Seite wurde dadurch unseren Kollegen wertvolles Material an die Hand gegeben, so daß in manchen Betrieben die Alleinherrschaft der sogenannten „freien Verbändler“ gebrochen ist zum Segen der auf christlichem Boden stehenden Kollegen, die sich bis dato dem einseitigen Drängen der Kollegen nicht widersetzen konnten.

Unsere stetige Branchenarbeit hat in den vergangenen Monaten schon manchen Erfolg gezeitigt. In der Versammlung, die über den Aufbau des Kursus für Elektromonteuere beraten sollte, waren über 70 Kollegen anwesend. Zu unserer aller Freude stieg die Zahl der Teilnehmer am ersten Kursusabend weiterhin, und zwar bis auf 100 Kollegen. Dadurch hat das Wollen der Kollegenschaft, sich fachlich fortzubilden, um im Endzweck für die dadurch gesteigerte Leistungsfähigkeit besseren Lohn zu erhalten, erneut eine Bestätigung erfahren.

Mögen diese Mitteilungen mit dazu beitragen, daß allort, wenn die Verhältnisse es irgendwie erlauben, gleiches oder ähnliches begonnen werde. Möge dadurch insbesondere aber auch die Zahl der vorwärtsstrebenden Handwerker und Sacharbeiter im Christlichen Metallarbeiterverband immer größer werden. Nur dadurch ist eine erfolgsbringende Interessenvertretung dieser Berufe gesichert.

M.

Harte Zeiten

Charles Dickens.

X.

In diesen Worten lag der springende Punkt der mechanischen Erziehung und des Geheimnisses, den Verstand abzurichten, ohne zur Herzens- und Gemütsbildung herabzusteigen. Niemals wundern! Alles durch Addieren, Subtrahieren, Multiplizieren und Dividieren abmachen und sich niemals wundern! „Bringen Sie mir,“ sagte Mr. M'Choakumchild, „jedes Kind sobald es nur eben laufen kann, und ich stehe dafür, daß es sich nie im Leben wundert.“

Nun gab es aber in Coketown neben den vielen kleinen Kindern, die eben laufen gelernt hatten, noch eine beträchtliche Bevölkerung, die der Unendlichkeit schon seit zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig Jahren und länger entgegenstarrte, und um dieser unseligen Kinder willen, deren freies herumgehen in der menschlichen Gesellschaft doch sehr beunruhigend war, zertrahnten die achtzehn verschiedenen Religions-Bekenntnisse einander ohne Aufhören die Gesichter und lagen einander beständig in den Haaren, um sich über die notwendigen Maßregeln zur Besserung und Befehrung jener großen Kinder zu einigen, was ihnen niemals gelang. Allerdings ein seltsamer Umstand, wenn man die glückliche Wahl der Mittel in's Auge faßt, deren sie sich zu diesem Zwecke bedienten. Aber obgleich diese Sekten in allen andern, begreiflichen wie unbegreiflichen Einzelheiten (besonders aber in den unbegreiflichen) auseinandergingen, stimmten sie doch in dem einen überein, daß sich jene unglücklichen alten Kinder über nichts wundern dürften. Sekte Numero eins sagte: sie mußten alles aufs Wort glauben. Sekte Numero zwei meinte, sie mußten jedes Ding vom national-ökonomischen Standpunkte betrachten. Sekte Numero drei veröffentlichte langweilige kleine Bücher für sie, in denen nachgewiesen wurde, daß das gute erwachsene Kind stets Geld in die Sparkasse legt, daß das schlechte dagegen stets zur Transportation verurteilt wird. Sekte Numero vier machte unter dem Vorwande spaßhaft zu sein (während es in der Tat nur trübselig war) die einfältigsten

Derjuche wissenschaftliche Fußangeln zu legen, in welche diese Kinder sich pflichtschuldig verlocken lassen sollten — aber alle Sekten kamen darin überein, daß man nie über etwas erstaunen und sich nie wundern dürfe.

In Coketown befand sich eine Bibliothek, zu der das Publikum leicht Zutritt zur Benutzung erlangt, und Mr. Gradgrind zerbrach sich vielfach den Kopf, was die Leute wohl aus dieser Bibliothek lesen möchten. Ueber diesen Punkt ergossen sich periodisch kleine Flüsse von tabellarischen Uebersichten in den großen brüllenden Ozean der tabellarischen Uebersichten — ein Ozean, aus welchem noch nie ein Mensch, der bis zu einer gewissen Tiefe niedertauchte, gesund wieder heraufgekommen ist. Es war ein niederschlagendes Faktum, daß die Leser der oben erwähnten Bibliothek fortfuhren, sich zu wundern. Sie wunderten sich über die menschliche Natur, über die menschlichen Leidenschaften, Hoffnungen und Befürchtungen, über Kämpfe, Trümphe und Niederlagen, über Sorgen, Freuden und Kümmernisse, über das Leben und Sterben ganz gewöhnlicher Menschenkinder! Oft setzten sie sich, nachdem sie fünfzehn Stunden gearbeitet hatten, hin, um erfundene Geschichten über Männer und Frauen zu lesen, die ihnen selbst mehr oder weniger ähnlich waren und über Kinder, die ihren eignen gleichen. Sie schlossen De Zee, den Verfasser des Robinson, mehr in ihr Herz als den Euklid, schlenen sich aus Goldsmith's „Landprediger von Wakefield“ mehr zu machen, als aus Rechenbüchern, und Mr. Gradgrind kalkulierte beständig für den Druck, wie für sich allein, an diesem unerklärlichen Exempel herum, ohne je zu ergründen, wie er zu dem sonderbaren Fazit kam.

„Ich bin meines Lebens müde, Lu. Ich hasse es, und hasse jedermann außer dir,“ sagte der unnatürliche, junge Thomas Gradgrind eines Tages, als er in der Dämmerung mit seiner Schwester in dem Zimmer saß, das einem Haarschneidekabinett so ähnlich sah.

„Aber du hastest doch Sissy nicht, Tom?“

„Ich hasse es, daß ich sie Jupe nennen muß, und sie haßt mich,“ gab Tom verdrießlich zur Antwort.

„Nein, Tom, das glaube ich nicht.“

Aus den Betrieben

Aus dem Aachener Gießereigewerbe

Bei dem heutigen Fortschritt der Technik und den fast täglich auftauchenden Neuerungen ist es für den Laien wie für den Fachmann interessant, Betriebe zu besichtigen und daraus Erfahrungen zu sammeln, die für ihn von Nutzen sein können.

Es würde zu weit führen, wollte man das Für und Wider aller Neuerungen besprechen. Interessant ist es aber doch, einiges, was von besonderer Wichtigkeit ist, klarer herauszustellen.

Eine hervorragende Stellung auf dem Gebiete der Gießerei nahm von jeher das Aachener Gußwerk ein. Nicht etwa, weil der Betrieb technisch auf einer großen Höhe steht, sondern dadurch, daß er es ablehnt, die Arbeiterschaft als einen Faktor zu betrachten, den man unbedingt zu dem lebenden Mensch rechnen muß. Die Steigerung der Produktion erfolgt dadurch, daß man bei hohen Leistungen die Verdienste von Fall zu Fall reduziert und dadurch einen immer größeren Druck auf den Arbeiter ausübt und ihn systematisch zu einer immer stärkeren Entfaltung seiner Körperkraft auf Kosten der Gesundheit zwingt. Weiter hat man dort zwecks Steigerung des Gewinnes ein neues System entdeckt.

Wer als Former oder Gießereiarbeiter tätig gewesen ist, der weiß, daß Ausschuß, der ohne nachweisbare Schuld des Arbeitnehmers entstand, mit einem gewissen Prozentsatz bezahlt wurde. Genannte Firma schlägt hierin aber einen besonderen Weg ein. Man arbeitet dort nach einer dreifach geteilten Methode. Der Former stellt das Stück her, der Kernmacher muß natürlich die entsprechenden Kerne herstellen, anschließend daran wird das Stück dann von Hilfsarbeitern, die vielleicht früher nie in Gießereien tätig waren, gegossen. Sollte nun das Unglück eintreten, daß das Stück durch Schlackenanteil unbrauchbar wird, so erhalten alle drei Leute das für die Arbeit von Seiten der Firma aufgewandte Entgelt abgehalten, obwohl nur einer vielleicht als Schuldiger in Frage käme und dann ergibt sich also die Rechnung. Die Firma macht bei Schrottguß auf Kosten der Arbeiterschaft ein Geschäft.

Interessant ist natürlich für den Außenstehenden, wie so etwas überhaupt möglich sein kann und da zeigt sich, wie bei all derartigen Dingen als Schlussfolgerung, daß die Belegschaft zu einem sehr geringen Teil gewerkschaftlich organisiert ist und sich dadurch, zum Schaden des ganzen Aachener Gießereigewerbes, durch die Firma ausnutzen läßt.

In den letzten 2 Jahren hat für die Aachener Metallarbeiterschaft zweimal eine Lohnerhöhung stattgefunden, so daß der tariflich festgelegte Lohn in der Spitze 82 *Rpf* beträgt. Da genannte Firma nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, glaubte sie auch, die jeweiligen Erhöhungen nicht vornehmen zu müssen, so ist denn jetzt dort ein Lohn zu verzeichnen, der in der Spitze 65—66 *Rpf* beträgt.

In der letzten Zeit ist nun versucht worden, der Arbeiterschaft das klar zu machen und wir hoffen auch, daß sie in ihrem eigenen Interesse den Weg zur Organisation findet, und zwar in der, die weltanschaulich und wirtschaftlich ihre Interessen vertritt. N.

Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf

Auf der Blockstraße des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf-Berlin waren, wie schon oft, Akkordbifferenzen entstanden. Als Grund für die Herabsetzung der Akkorde wurde von der Betriebsleitung angegeben, daß infolge Umbau eines Glühofens die stündliche Produktion von 17 auf 19,1 Tonnen gestiegen sei. Der Blockstreckenbelegschaft kündigte man daher an, daß der Akkord um 24% reduziert würde.

Letzteres war den Kollegen doch zu starker Toback und wurde deshalb das Verbandsbüro sofort in Kenntnis gesetzt. Der Betriebsrat habe zwar schon verhandelt, die Betriebsleitung lehne aber ein Entgegenkommen ab. Auch der sozialistische Metallarbeiterverband sei angerufen worden, derselbe wolle aber keinen Kollegen entsenden, weil er mit „oppositionellen“ Betriebsräten in keinerlei Verhandlung eintreten könne. Die ganze Hoffnung beruhe nunmehr darauf, daß der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes die Sache in die Hand nehme.

Der Vertreter unseres Verbandes erklärte dazu, daß er dem DMD zwar keine Vorschriften zu machen habe, sein Verhalten fände er aber sehr eigentümlich. Es handele sich doch hier nicht um die Austragung irgendwelcher Gegensätzlichkeiten, sondern einfach darum, die Kollegen vor einem Lohnabzug zu bewahren.

Bei der Verhandlung mit der Betriebsleitung gelang es dann unserem Verbandsvertreter nachzuweisen, daß die von der Firma aufgemachte Rechnung falsch sei. Wenn durch technische Verbesserungen die Produktion um 11% gestiegen sei, könne man nicht kurzerhand eine Akkordherabsetzung um 24% vornehmen.

Nach längerem Hin und Her gab dann auch die Betriebsleitung zu, daß bei ihrer Rechnung Fehler unterlaufen seien. Eine entsprechende Vereinbarung, die wesentlich günstiger für die Kollegenschaft ausfiel, wurde dann auch mit der Betriebsleitung abgeschlossen.

Die vorstehende Darstellung ist nun nach mehreren Seiten hin lehrreich. Zunächst haben die Kollegen eingesehen, daß das sofortige „Brocken hinschmeißen“ nicht das Richtige ist. Und zum anderen wird dadurch bewiesen, daß wirkliche und wahrhaftige Interessenvertretung einzsig und allein durch den Christlichen Metallarbeiterverband wahrgenommen wird.

Die christlich organisierten Metallarbeiter von Hennigsdorf werden daraus die richtige Schlussfolgerung ziehen. Sie werden nicht ruhen und rasten, bis der letzte auf christlich-nationalem Boden stehende Metallarbeiter Mitglied unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes ist.

G. D.

„Warum sollte sie denn nicht,“ fragte Tom. „Sie muß uns ja alle, den einen wie den andern, haßen und verabscheuen. Sie ist schon bleich wie Wachs und so dumm und kumpf wie — ich selber bin.“

Thomas sprach diese Empfindungen aus, während er rittlings auf einem Stuhle vor dem Fenster saß, die Arme auf die Rücklehne stützte und sein verdrossenes Gesicht auf die Arme legte. Seine Schwester saß in der dunklen Kaminede und sah bald ihn an, bald blickte sie auf die glühenden Funken, die auf den Roß niederfielen.

„Was mich anbetrifft“ fuhr Tom fort, indem er mit den Händen mürrisch in seinen Haaren wühlte, „ich bin ein Esel, das ist gewiß. Ich bin widerpenstig wie ein Esel, dümmter als ein Esel, habe ungefähr so viel Vergnügen vom Leben wie ein Esel und möchte ausschlagen wie ein Esel.“

„Soffentlich nicht nach mir, Tom?“

„Nein, nein, Lu, dir täte ich nichts zuleide. Du bist von vornherein immer ausgenommen. Ich weiß nicht, was dies alte, verdammte Loch ohne dich wäre.“ Tom hatte einen Augenblick gestockt, um den genügend starken und bezeichnenden Ausdruck für das väterliche Haus zu finden, und schien sich jetzt für einen Augenblick leichter zu fühlen.

„Wirklich, Tom? Sprichst du im Ernst?“

„Natürlich spreche ich im Ernst. Wozu sollte ich es sonst wohl sagen?“ erwiderte Tom und rieb sein Gesicht mit dem Jackenärmel, als wolle er sein Fleisch zerreiben, um es in den mürben Zustand zu versetzen, in welchem sich sein Geist befand.

„Ich frage nur, Tom,“ sagte seine Schwester, nachdem sie eine Weile ins Kaminfeuer geblickt hatte, „weil ich sehe, daß ich älter werde und beinahe erwachsen bin, zuweilen dasthe und überlege wie traurig es ist, daß ich so wenig tun kann, um dich mit unserem Dasein auszusöhnen. Ich kann nichts von alledem, was andere Mädchen können — kann dir nichts vorsingen oder vorspielen, kann dich mit nichts unterhalten, was dich vielleicht zerstreute oder dir das Herz erleichterte, denn ich sehe nichts Angenehmes, lese kein hübsches Buch, von dem ich mit dir sprechen könnte, um dich zu erheitern und zu erfreuen, wenn du müde und verdrießlich bist.“

„Geht es mir nicht ebenso? Bin ich damit nicht ebenso schlimm daran wie du? Und dazu bin ich ein Esel, was du nicht bist. Wenn Vater alles tut, um aus mir einen Tunichtgut oder einen Esel zu machen, und

ich kein Tunichtgut bin, so folgt daraus ganz logisch, daß ich ein Esel sein muß. Und das bin ich auch.“ schloß Tom verzweifelt.

„Es ist ein Jammer“, sagte Luise nach einer abermaligen Pause in betäubtem Ton aus ihrer dunkeln Ecke heraus. „Es ist ein rechter Jammer, Tom. Für uns beide ein wahres Unglück.“

„O, du, Lu, du bist ein Mädchen, und Mädchen kommen immer besser durch, als Jungen,“ jagte Tom. „Ich vermisse an dir nichts. Du bist die einzige Freude, die ich habe. Du bist im Stande, selbst diesen Ort heiter erscheinen zu lassen — du kannst mich auch zu allem bringen und mit mir machen, was du willst.“

„Du bist ein guter Bruder, Tom, und so lange du glaubst, daß ich dir etwas nützen kann, will ich mich auch zufrieden geben, obgleich ich es besser weiß. Ja ich weiß es besser, Tom, und bin sehr betrübt darüber.“ Dabei kam sie aus ihrer dunkeln Ecke hervor, küßte ihn und kehrte dann zu ihrem Sitze zurück.

„Ich wünschte, ich könnte alle Tatsachen, von denen wir so viel hören, und alle Zahlen und alle Menschen, die sie erfunden haben, auf einen Haufen werfen und tausend Säffer Pulver darunter legen und alles zusammen in die Luft sprengen,“ fuhr Tom, die Zähne trotzig zusammenbeißend, fort. „Aber wenn ich zu dem alten Bouncerby komme, will ich mich schadlos halten.“

„Dich schadlos halten, Tom?“

„Ja, ich will mir ein bißchen Vergnügen machen, und was sehen und hören. Ich werde mich für die Art und Weise, wie ich erzogen worden bin, schadlos halten.“

„Tausche dich nur darin nicht, Tom,“ entgegnete Luise. „Mr. Bouncerby denkt genau wie der Vater; aber er ist noch viel strenger und nicht halb so gut.“

„O,“ rief Tom lachend, „dafür laß mich sorgen, ich werde den alten Bouncerby schon zu behandeln und zu kitzeln wissen!“

Die Köpfe der beiden zeichnete sich an der Wand ab, und die Schatten der hohen Schränke im Zimmer liefen an den Wänden und an der Decke so zusammen, daß es ausah, als säßen Bruder und Schwester in einer dunkeln Höhle. Eine lebhafteste Phantasie — wenn eine solche hier hätte Eingang finden können — würde darin vielleicht den Schatten des Gesprächs erblickt haben, das die beiden führten und seine drohende Bedeutung für die Zukunft.

Arbeitsgerichtsbarkeit und Klarheit

Es kommt immer wieder vor, daß, wenn unseren Verbandskollegen Rechtshilfe gewährt wird, eine Klageschrift angefertigt worden ist und die Klagesache am Arbeitsgericht vertreten wurde, im mündlichen Streitverfahren vor Gericht sich Unstimmigkeiten in den Angaben und Stichpunkten der Klage gegenüber dem Beklagten ergeben.

Diese Erscheinungen beruhen nicht etwa darauf, daß die Kläger böswilligerweise etwas verheimlicht haben, gewiß auch diese sehr verwerfliche Handlungswelt soll vorgekommen sein. Der Grund derartiger Vorkommnisse liegt vielmehr darin, daß die Kollegen auf Einzelheiten des Arbeitsrechts und ihres eigenen Arbeitsverhältnisses zu wenig Wert legen. Eine Klagesache unseres Verbandskollegen D. in Gl. gegen den Klempnermeister G. soll dieses bekräften.

D. arbeitete als Gehilfe seit etwa 2 Jahren bei G. Mitte des Jahres 1928 wurde D. Mitglied unseres Verbandes. Anfang dieses Jahres wandte sich der Kollege an das zuständige Verbandsbüro mit der Beschwerde, daß er bisher nicht den für ihn geltenden Tariflohn erhalte. Da nach seiner Angabe diesbezügliche Beschwerden bei dem Meister nicht fruchteten, wurde eine entsprechende Klage angefertigt und D. erhielt den Auftrag, diese beim Arbeitsgericht seines Heimatortes einzureichen. Anstatt dieses zu tun, beredeten die Eltern des jungen Kollegen diesen, davon Abstand zu nehmen. Auch der Meister erhielt Wind von der Sache und schnell unterbreitete dieser dem D. ein Schreiben, demzufolge keinerlei Ansprüche des D. an den G. vorlägen. D. unterschrieb legte aber zugleich seinem Meister auch ein Schreiben vor, nach welchem dieser sich verpflichten sollte, unseren Kollegen während des ganzen Winters 1929/30 zu beschäftigen. Dieser Schein wurde jedoch nicht unterschrieben.

Alle diese Vorkommnisse wurden an Gerichtsstelle von dem Vertreter des Meisters aufgetischt und auch, daß die angegebenen Arbeitszeiten nicht stimmten, sowohl in der täglichen Stundenzahl, und vor allem hätten auch in der Klagezeit Feierschichten und Kurzarbeit gelegen. Ferner seien die Sozialbeiträge vom Meister bezahlt worden und müßten dem ausgezahlten

Lohn zugezählt werden. Im Zusammenhang mit letzterem sei der Wochenlohn vereinbart gewesen.

Alles dieses konnte kaum widerlegt, bzw. mußte zum Teil als richtig anerkannt werden. Und warum und wie kam dieses?

Unser Verbandskollege hatte nie eine Lohnabrechnung erhalten, auch eine solche nicht verlangt. Ferner hatte er sich über die geleistete Arbeitszeit und den erhaltenen Lohn keinerlei Notizen gemacht, sondern hatte seine in der Klageschrift niedergelegten Angaben seinem Gedächtnis entnommen, wobei dann die mangelnden, wenn man nicht sagen will leichtfertigen Angaben hervorgetreten sind, was besonders zutrifft hinsichtlich der neueren Abmachungen zugunsten des Meisters, für die ein Gegenäquivalent nicht zustande gekommen war.

Unter solchen Verhältnissen wird dann nicht selten der Richter ungeduldig, fängt an zu räuspern, das Milieu wendet sich gegen den Kläger und hellstroh kann dieser dann noch sein, wenn ein magerer Vergleich herauskommt.

Dieser wurde im vorliegenden Falle noch dadurch gedrückt, indem der Richter die Verbandsmitgliedschaft des D. feststellte und dann den Rechtsanspruch nur vom Tage des Eintritts in den Christlichen Metallarbeiterverband gelten ließ.

Also zusammenfassend: Nur der organisierte Arbeiter hat am Tarifvertrag einen Rechtsanspruch.

Will jemand klagen, versee er sich mit allen, sein Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffenden Unterlagen. Nur so kann eine klare und einwandfreie Klageschrift zustande kommen.

Nicht mit Unbedacht Sonderverträge abschließen und Vorsicht mit der Vergabe einer eigenhändigen Unterschrift!

Selbst Buch führen über Arbeitszeiten und Lohneinkommen, wenn nicht solche perlobenmäßig übergeben werden. Besser ist es noch, solche zu verlangen.

So schützt man sich vor Schaden, und den Gewerkschafts- bzw. Klagervertreter vor Unannehmlichkeiten.

Verbandsgebiet

Gotha. Unsere letzte Mitgliederversammlung war besonders von unserer Jugend gut besucht. Nach Erledigung der geschäftlichen Sachen erstattete unser Jugendführer, Koll. Unruh, Bericht vom Jugendtreffen in Köln. Die trefflichen Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Nachdem unser Vorsitzender, Koll. Meh, einige Ausführungen über den 12. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften zu Frankfurt a. M. und das 30 jährige Bestehen unseres Verbandes machte und darauffolgend einen näheren Bericht über den derzeitigen Stand unserer Ortsgruppe gab, erfolgte eine Aussprache über eine beabsichtigte Gründung einer Konsumgenossenschaft am hiesigen Orte. Bez.-Sekretär Koll. Brötling (Erfurt) machte

hierzu nähere Ausführungen. Die hierüber erfolgte lebhafte Aussprache zeigte Interesse an dem Unternehmen und es haben sich bereits eine Anzahl Kollegen in die Liste eingetragen.

Nach einem markigen Schlußwort des Vorsitzenden und einer Ermahnung, lebhaft an der Herbsttagung teilzunehmen, erfolgte mit einem kräftigen Hoch auf unseren Christlichen Metallarbeiterverband Schluß der Versammlung.

Chemnitz. Die Ortsgruppe Chemnitz hielt vor kurzem im Restaurant Kamerun eine, trotz des strömenden Regens, gut besuchte Versammlung ab.

„Und durch welches Mittel glaubst du ihn fixieren zu können, Tom?“ fragte Luise. „Ist das ein Geheimnis?“

„Wenn es ein Geheimnis wäre, so ist's doch nicht schwer zu erraten,“ entgegnete Tom. „Das Mittel bist du! Du bist sein Liebling, sein Herzblatt; für dich würde er alles tun. Wenn er mir was sagt, was mir nicht gefällt, so werde ich ihm antworten: „Mr. Bounderby, das wird meine Schwester kränken und ihr unlieb sein. Sie hat mir immer gesagt, sie wisse, daß Sie mir alles leicht machen würden.“ Damit bringe ich ihn herum, wenn er durch irgend etwas herumzubringen ist.“

Da Tom auf diese Rede die erwartete Antwort nicht erhielt, so sank er wieder matt und verdrießlich in die Gegenwart zurück, dehnte und reckte sich auf dem Stuhle hin und her und rieb sich den Kopf immer heftiger, bis er plötzlich aufblickte und fragte:

„Bist du eingeschlafen, Lu?“

„Nein, Tom; ich sehe nur dem Feuer zu.“

„Es scheint, du findest mehr daran zu sehen, als ich,“ sagte Tom. „Das ist, glaube ich, auch so einer von den Vorteilen, die man davon hat, wenn man ein Mädchen ist.“



„Tom,“ fragte Luise langsam und in so eigentümlichem Tone, daß es Klang, als läse sie die Frage aus dem Feuer heraus, und dieselbe wäre dort nicht ganz deutlich geschrieben. „Glaubst du wirklich an eine Veränderung, wenn du zu Mr. Bounderby kommst?“

„Nun, an eine wenigstens gewiß,“ erwiderte Tom, indem er den Stuhl fortstieß und aufstand, „ich komme aus dem Hause.“

„An eine wenigstens gewiß. Du kommst aus dem Hause. Ja,“ wieberholte Luise in demselben eigentümlichen Ton.

„Nicht, daß es mich nicht schmerzen würde, von dir zu gehen, Lu, und dich hier allein zurückzulassen,“ sagte Tom. „Aber du weißt, ich muß fort, ob es mir gefällt oder nicht, und so ist's immer besser ich gehe dahin, wo dein Einfluß mir etwas nützen kann. Stehst du das ein!“

„Ja, Tom.“

Die Antwort kam, obgleich sie nicht ungeschlüssig klang, so langsam, daß Tom hinter den Stuhl seiner Schwester trat und sich auf die Lehne stützte, um das Feuer, das ihre Aufmerksamkeit in so hohem Grade fesselte, von diesem Standpunkte aus ebenfalls zu betrachten, und zu sehen, was er darin entdecken könnte.

„Ich sehe, daß es ein Feuer ist, aber übrigens sieht es so dumm und gleichgültig aus, wie alle anderen. Was erblickst du darin, Luise? Doch keine Kunstreiterbude!“

„Ich sehe gar nichts Besonderes darin, Tom. Aber seitdem ich hineinblicke frage ich und wundere ich mich, wie es sein wird, wenn wir beide, du und ich, erwachsen sind.“

„Wunderst du dich schon wieder?“ sagte Tom.

„Ich habe so unlenkame Gedanken,“ gab die Schwester zur Antwort. „Sie wundern sich gegen meinen Willen.“

„Ich muß dich dringend bitten, Luise, um Gotteswillen nichts derartiges zu tun,“ sagte Frau Gradgrind, die unbemerkt eingetreten war. „Du unbedachtes Mädchen; wenn dich der Vater hört, nimmt das Reden darüber kein Ende. Und Thomas, du solltest dich schämen! Wie kann ein Knabe, der erzogen ist, wie du, und dessen Erziehung so viel gekostet hat, und bei meinem schwachen Kopfe, der mich so schon fast umbringt, seine Schwester noch aufreizen sich zu wundern, wenn er doch weiß, daß sein Vater es streng verboten hat.“

Luise leugnete Tom's Anteil an dem Vergehen; aber die Mutter schnitt ihr die Rede mit der Antwort ab: „Luise, sage mir bei meinem Gesundheitszustand nicht solche Dinge. Es ist eine moralische und physische Unmöglichkeit, daß du es hättest tun können, wenn du nicht aufgereizt worden wärst.“

„Ich wurde nur durch die roten Funken angeregt, die aus dem Feuer auf den Rost herunterfielen, erloschen und zu Asche wurden,“ entgegnete Luise. „Ich dachte dabei, wie kurz das Leben eigentlich ist, und wie wenig Gelegenheit ich haben werde, es auszunutzen.“

Nach einer freundlichen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Verwaltungsstelle, Kollegen A. Ackermann — der auch über den 12. Kongress der Christlichen Gewerkschaften sprach — nahm Bezirksleiter Kollege Krumsdorf das Wort zu seinem im Mittelpunkt der Versammlung stehenden Vortrag über: „Die Lehren der Hildesheimer Verbandskonferenz“. — Zuerst gab er einen Ueberblick über die Entwicklung unseres Verbandes von seiner Gründung bis heute. Dann ging er, eingehend auf die Art und Möglichkeit der Werbearbeit in unserem Diaspora-bezirk ein, unter besonderem Hinweis auf den Jugendwerbemonat September und anschließend dem Monat Oktober. Am Sonntag, den 29. September fand in Chemnitz eine großzügige Hausagitation statt, an der sich viele Mitglieder beteiligten. Es folgte eine sehr rege Aussprache. U. a. wurde mit größtem Bedauern festgestellt, daß nach dem im Anfang des Jahres erfolgten Tode unseres verdienten Bezirksleiters Kollegen Robert Glerg (Chemnitz) die Verwaltungsstelle Chemnitz noch immer ehrenamtlich geleitet werden muß, wodurch naturgemäß auch die Werbearbeit erschwert wird und leidet. Eine Resolution, mit dem Ersuchen, baldmöglichst Chemnitz wieder zu besuchen, wurde einstimmig angenommen.

Magdeburg. Ca. 80 Delegierte des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes aus Anhalt, Halle, Thale und Magdeburg fanden sich am letzten Sonntag in Magdeburg zusammen. Der Bezirksleiter Kirchner stellte in einem längeren Referat ein farbenreiches Bild vor das geistige Auge. Im letzten Teile seiner Ausführungen fand die Entwicklung des Verbandes im ersten Halbjahr 1929 besondere Berücksichtigung. Aus dem Bericht war der durchaus zufriedenstellende Aufschwung in Mitteldeutschland zu ersehen. Wir gewinnen an Boden. Diese Tatsache entzündete eine vielseitige und äußerst interessante Diskussion. Sie war so reichhaltig an Erlebnissen, Methoden, Anregungen und Ideen, daß sie jedem Teilnehmer etwas mit auf den Weg gab. An die Zweispaltigkeit so vieler, die wohl den konfessionellen Vereinen angehören, ihren Austritt aus den sozialistischen Gewerkschaften aber noch nicht vollzogen haben, wurde des öfteren erinnert. Durch Aufklärung soll hier in Zukunft mehr geschehen. Ebenso soll den Unorganisierten mehr zur Einsicht gebracht werden, welcher Hemmschuh sie für den Aufstieg der Arbeiterschaft sind. Alle versprochen, in der nächsten Zeit werdend tätig zu sein, um dem Christlichen Metallarbeiter-Verband auch in Mitteldeutschland den ihm gebührenden Platz zu sichern.

Ohlig. Am Samstag, den 26. 10. fand im Saale „Zweibrüder Hof“ unsere Jubiläums-Feier statt. Es hatte sich eine stattliche Anzahl von Kollegen mit ihren Familien eingefunden, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auch die geladenen Ehrengäste waren fast ausnahmslos erschienen. Der Abend stand ganz im Zeichen unserer 5 Jubilare, welche 25 Jahre ununterbrochen unserem Verbandsangehörigen. Denn 25 Jahre lang in dem „Roten Solingen“, der Hochburg des DMV., das will etwas heißen. Diese Zeit enthält viele bittere Erfahrungen und Enttäuschungen Angesichts dieser großen Treue unserer Jubilare zum Verband hätten wir etwas unterlassen, wenn wir diesen Tag nicht gebührend gewürdigt hätten.

Der erste Vorsitzende der Sektion Ohligs II., Kollege Marx, begrüßte die Erschienenen und rief ihnen ein herzliches Willkommen zu. Sodann brachte Hr. Gert. Hannen einen recht passenden Prolog zum Vortrag. Die Festrede hielt der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitsamtes Dohwinkel, der Koll. Becker, welcher trefflich den Werdegang unseres Verbandes im Bergischen Lande schilderte und gleichzeitig in sehr kernigen Worten auf die Bedeutung dieses Tages hinwies. Nach Beendigung seiner Ausführungen nahm unser Geschäftsführer, Kollege Hebborn, die Ehrung der Jubilare vor. Er überreichte ihnen im Auftrag der Hauptverwaltung die Jubiläumsnadel nebst Ehrenurkunde. Durch

den großen Beifall brachten die Anwesenden ihre Anteilnahme an dem Ereignis zum Ausdruck. Den Höhepunkt erreichte der Abend bei der Uebergabe der Geschenke von Seiten der Sektionen.

Der Katholische Männer-Gesangverein hatte sich in sehr lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und half so mit, den Abend zu verschönern. Den fleißigen Sängern und seinem Dirigenten gebührt an dieser Stelle nochmals vielen Dank. Gegen 11,30 Uhr wurde die offizielle Feier mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen. P.

Düsseldorf. Am Samstag, den 19. Oktober, feierte die Ortsverwaltung Düsseldorf ihr 30-jähriges Bestehen. Außerdem galt es noch, 7 Jubilare für ihre 25-jährige Mitgliedschaft zu ehren. Eine große Teilnehmerzahl füllte den großen Saal des Paulushauses bis auf den letzten Platz. Der Geschäftsführer der Ortsverwaltung Kollege Winand, begrüßte besonders die Jubilare mit ihren Familienangehörigen sowie den Festredner des Abends, den 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schmitz (Duisburg). Eine Reihe Ehrengäste waren anwesend, u. a. Herr Regierungsrat Jester als Vertreter der Regierung. Der Männerchor der Christlichen Gewerkschaften verschönte den Abend durch exakte und musterghältige Wiedergabe der einzelnen Chöre.

Nach einem wirkungsvoll vorgetragenen Prolog hielt Kollege Schmitz die Festrede. Derselbe gab einen Rückblick auf die Entwicklung innerhalb der dreißig Jahre des Bestehens der Ortsverwaltung sowie des gesamten Verbandes. Daß die großen Schwierigkeiten und Kämpfe überwunden werden konnten, sei denen zu verdanken, die in treuer Mitgliedschaft dem Verbandsdienst gedient hätten, ganz besonders aber den Jubilaren. Ihnen sowie allen Funktionären sprach Kollege Schmitz den Dank des Verbandes aus. Eines Mannes gedachte er, der in Düsseldorf lange Zeit die Führung des Verbandes hatte, und zwar des verstorbenen Kollegen Josef Leupke. Dank sagte der Redner auch den Frauen, die durch ihre Opferwilligkeit mit dazu beigetragen hätten, daß der Verband heute eine achtunggebende Stellung einnehme.

Anschließend fand die Ehrung der Jubilare statt durch Ueberreichung eines Diplomes und einer Ehrennadel an unsere sieben Jubilare.

Kollege Winand dankte zum Schluß allen denen, die zur Verschönerung des Abends beigetragen hatten und forderte die Anwesenden zu treuem Festhalten an unserem Verbands auf. B. B.

Ober-Roden (Kreis Dieburg). Vor kurzem fand bei Matthias Schrod eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Kosta dt eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kollegen Sang (Offenbach) das Wort zu seinem Vortrag „Der Kampf um die Sozialversicherung und wir Metallarbeiter“. In längeren Ausführungen kam er auf die Abänderungsvorschläge von allen Richtungen, der Politik und der Wissenschaft zu sprechen, besonders auf solche wie von Hornesser, Satz und Dr. Lief. Er gab auch den Grund an, weshalb solche Leute glauben sagen zu müssen, daß „Irrwege“ in der Sozialpolitik eingeschlagen würden, da ein großer Teil der Industriearbeiterschaft den gewerkschaftlichen Organisationen noch fernsteht. Besonders trifft das auch für die Metallindustrie zu. Wäre hier eine reiflos organisierte Arbeiterschaft vorhanden, diese Herren würden nicht so reden. Eine rege Aussprache bestätigte die bedauerliche Tatsache, und man versprach, in der Werbearbeit alles zu tun, um im hiesigen Gebiete weiter vorwärts zu kommen. Die darauf folgende Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Johann Hornung, Vorsitzender; Johann Friedrich Sichel, Franz Adam Merget, Franz Rebel, und Philipp Graf als Beisitzer. Gegen Mitternacht konnte Kollege Kosta dt die gut verlaufene Versammlung schließen mit der Bitte an die Kollegen, in der Werbearbeit alles daranzusetzen, die Mitgliederzahl in Ober-Roden zu erhöhen. Za.

„Ach, Unsinn!“ rief Frau Stadgrind beinahe energisch. „Unsinn! Sage nicht mir ins Gesicht solch dummes Zeug, Luise, denn du weißt recht gut, wenn es der Vater hörte, nähme das Reden darüber kein Ende. Und das nach aller Mühe, die man sich mit euch gegeben hat! Nach den Vorlesungen, die ihr gehört, und den Experimenten, die ihr gesehen! Nachdem ich dich, als meine ganze rechte Seite gelähmt war, mit deinem Lehrer über Verbrennung, Calcination, Calorifikation, genug, von so viel Aktionen habe reden hören, daß ein armer kranker Mensch darüber hätte verrückt werden können. Sprichst du nun in dieser lächerlichen Weise von Funken und Asche! Ich wünschte.“ rief Frau Stadgrind in weinerlichem Tone, indem sie einen Stuhl nahm und ihren größten Trumpf ausspielte, ehe sie diesen bloßen Schatten von Tatsachen erlag, „ich wünschte wirklich, ich hätte nie Kinder gehabt, und dann könntet ihr sehen, was ihr ohne mich machtet.“

Sissys Fortschritte

Sissy Jupe hatte keine leichte Eristenz zwischen Mr. M'Choanumhild und Frau Stadgrind und war in der ersten Probezeit oft in Versuchung geraten, davonzulaufen. Den ganzen Tag hagelten die Tatsachen so massenhaft auf sie herunter und das Leben im allgemeinen wurde ihr als ein so eng liniertes Rechenbuch dargestellt, daß sie gewiß davon gelaufen wäre, wenn nicht eins sie zurückgehalten hätte.

Beklagenswerterweise ließ sich dieser Grund ihres Bleibens auf keinen arithmetischen Beweis stützen, sondern war ein allen vernünftigen Voraussagungen spottender Gedanke, der gegen jede Wahrscheinlichkeitsberechnung verließ, die ein Mensch der Tatsachen aus dem Vorhergegangenen hätte ziehen können. Das Mädchen glaubte noch immer nicht, daß ihr Vater sie für alle Zeit verlassen hätte, sondern lebte in der Hoffnung, er würde zurückkehren, und in dem festen Glauben, es würde ihm lieber sein, wenn sie bliebe wo sie war.

Die klägliche Unwissenheit, mit welcher Jupe an diesem Gedanken festhielt und den höheren Trost zurückwies, sich auf gesunder, mathematischer Grundlage zu überzeugen, daß ihr Vater ein herz- und gewissenloser Landstreicher sei, erfüllte Mr. Stadgrind mit Mitleid. Aber was war dabei zu tun. Mr. M'Choanumhild berichtete, daß sie keinen Kopf für Zahlen hätte, daß sie nachdem sie einen allgemeinen Begriff von der Erdkugel gewonnen, nur verschwindend geringes Interesse an den exakten Messungen derselben zeige, daß sie Daten und Jahreszahlen nur sehr schwer merke, daß sie imstande sei, in Tränen auszubrechen wenn sie schnell im Kopfe das Stempel lösen solle, wieviel zweihundertsiebenundvierzig Kuffelinhauben kosten, wenn das Stück auf vierzehn Pence und einen halben zu stehen käme daß sie noch immer den letzten Platz in der Schule inne habe und daß sie, obgleich seit acht Wochen in die Elemente der Staatswirtschaft eingeweiht, sich gestern von einem kaum drei Fuß hohen Knirps habe korrigieren lassen müssen, als sie auf die Frage nach dem Hauptprinzip dieser Wissenschaft, die lächerliche Antwort gegeben: „Was du willst, das dir die Leute tun sollen, das tue du ihnen auch.“

Mr. Stadgrind meinte kopfschüttelnd, das wäre alles sehr schlimm und zeigte nur, wie notwendig es sei, auf der Mühle der Wissenschaft nach allen Seiten des Reglements weiter zu mahlen. Das geschah denn auch und Jupe wurde immer niedergegeschlagen, aber nicht klüger.

„Es müßte sehr schön sein, wenn ich wie Sie wäre, Miß Luise.“ sagte sie eines Abends, als Luise versucht hatte, ihr die Schulaufgaben für den nächsten Tag etwas klarer zu machen.

„Glaubst du?“

„Ich würde dann so viel wissen, Miß Luise, und alles, was mir jetzt so schwer fällt, würde mir leicht werden.“

„Du würdest deshalb um nichts besser, Sissy.“ (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 14

Duisburg, den 23. November 1929

Nummer 14

Zur Reform der Krankenversicherung



Der Kampf gegen die Sozialversicherung wird seit längerer Zeit, abgesehen von der Arbeitslosenversicherung, in erster Linie gegen die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei nicht nur um Bestrebungen gegen den weiteren Ausbau derselben, sondern um deren Abbau. Es soll nicht verkannt werden, daß im Laufe der Jahre sich mancherlei Mißstände gezeigt haben, die abänderungsbedürftig sind. Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitnehmer neben den sonstigen Abgaben zu leisten hat, ist so angestiegen, daß es zweifellos gerechtfertigt erscheint, auch auf diesem Gebiete über Erparungsmaßnahmen nachzudenken. Ein jetzt im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Referentenentwurf sieht Abänderungen vor, die einerseits gewisse Verbesserungen bringen, aber auch gegenüber dem jetzigen Stande der Krankenversicherung ganz ungerechtfertigte Verschlechterungen enthalten.

Es handelt sich um keinen fertig ausgearbeiteten, paragrafisierten Gesetzentwurf, sondern nur um Vorschläge, die den daran interessierten Kreisen zur Begutachtung vorgelegt worden sind.

Für bestimmte Berufsgruppen besteht eine sogenannte Verdienstgrenze, über die hinaus die Versicherungspflicht fortfällt. Sie betrug in der Vorkriegszeit jährlich 2500 RM, augenblicklich ist sie auf 3600 RM heraufgesetzt. Mit Recht weisen die Vorschläge darauf hin, daß dieser Betrag nicht mehr der Minderung der Kaufkraft des Verdienstes entspricht. Leider ist kein bestimmter Vorschlag gemacht worden. Wir sind der Ansicht, daß an einer Verdienstgrenze festgehalten werden muß. Es können nur Zweifel bezüglich deren Höhe bestehen. Wir glauben, daß im Augenblick ein Jahresverdienst von 4800 RM diese Grenze darstellen wird, bis zu der sich eine reichsgesetzliche Zwangsversicherung rechtfertigen läßt.

Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß Angestellte in höherer oder leitender Stellung in die Krankenversicherung einbezogen werden; allerdings auch nur bis zu der genannten Verdienstgrenze.

Ein Schmerzpunkt der Krankenversicherung ist die sogenannte freiwillige Weiterversicherung. Wenn ein Versicherter aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, hat er das Recht, innerhalb einer gewissen Frist zu erklären, daß er freiwilliges Mitglied bleiben kann. Es ist nicht zu verkennen, daß diese generelle Bestimmung zu Mißständen geführt hat. Arbeitnehmer in hohen oder sehr hoch entlohten Stellungen hatten dadurch die Möglichkeit, sich durch verhältnismäßig niedrige Beiträge die Rechte an der Krankenversicherung zu erhalten. Den Ärzten ist zuzugeben, daß hierdurch ihre einträglichere Privatpraxis zu Unrecht eingeschränkt wird. Der Referentenentwurf will die Weiterversicherung durch eine Einkommensgrenze beschränken, und sieht dafür ein Jahreseinkommen von 6000 RM oder 8400 RM vor, weil darüber hinaus ein soziales Schutzbedürfnis nicht mehr vorliegt.

Auf dem Gebiete der Leistungen soll die Krankenhauspflege, die bisher nur eine Kannleistung war, zur Pflichtleistung erklärt werden, wenn nach der Natur der Krankheit oder nach den häuslichen Umständen ausreichende ärztliche Hilfe nur in einem Krankenhause möglich ist. Ersparnisse sollen dadurch eintreten, daß das Krankengeld für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit, mit Ausnahme bei Betriebsunfällen, nicht gewährt wird.

Sehr viele Krankenkassen haben von dem jetzt ihnen zustehenden Recht Gebrauch gemacht, das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu zahlen. Und das mit Recht. Denkt man an die vielen Arbeiter, die Stunden- oder tageweise entlohnt werden und im Erkrankungsfalle sofort ihren Verdienst verlieren, so wäre es zweifellos ungerecht, ihnen für die ersten drei Tage das Krankengeld vorzuenthalten. Die weitere Bestimmung, daß das Krankengeld nur für Arbeitstage und nicht für Kalendertage gewährt werden soll, bringt keine nennenswerte Ersparnis, da ja in der Regel der Wochenverdienst der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegt wird und, auf den Tag gerechnet, derselbe Betrag herauskommt, ob man die Woche zu sechs oder sieben Tagen rechnet. Das Krankengeld, das gesetzlich schon jetzt 50% des Grundlohns beträgt, soll auf Grund der Sachungsbestimmung nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit auf 60% erhöht werden können, wozu für Frau und Kinder ein Zuschlag treten darf. Wir glauben, daß es in das Belieben der Krankenkasse gestellt werden muß, die Erhöhung, wie bisher, auf 75% vornehmen zu können und daß die Familienzuschläge als Mißbestimmung einzuführen sind. Das Hausgeld bei Krankenhauspflege betrug bisher gesetzlich die Hälfte des Krankengeldes, konnte aber bis zum vollen Krankengeld erhöht werden. Eine Erhöhung soll nur noch dadurch eintreten können, daß bei mehr als einem Angehörigen für jeden weiteren ein Zuschlag von einem Zehntel gezahlt wird, insgesamt aber nicht über die Höhe des Krankengeldes hinaus. Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld soll fortfallen, soweit der Versicherte neben seiner Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Die Folgerung hieraus, daß für solche Versicherte der Beitrag ermäßigt werden kann, muß in eine „Muß“-Bestimmung umgewandelt werden. Die Familienversicherung soll abhängig gemacht werden von einer dreimonatigen Kassenzugehörigkeit. Die Kosten für Arznei- und Heilmittel sind für Familienmitglieder aber nur zur Hälfte zu ersehen und beschränkt sich die Familienkrankenpflege auf die Dauer von 13 Wochen, die nur durch die Sachung verlängert werden kann.

Den sogenannten Bagatelldfällen, d. h. der Inanspruchnahme der Krankenkasse bzw. des Kassenarztes, bei nur leichten körperlichen Unstimmigkeiten, die vielleicht durch einfache Hausmittel zu beseitigen wären, glaubt der Entwurf dadurch begegnen zu können, daß die Ausstellung eines Krankenscheines von der Zahlung einer Gebühr abhängig gemacht wird. Schon jetzt müssen die Krankenkassen 10 bis 20 RM für die Verabfolgung eines Krankenscheines einfordern, die Mehrzahl der Kassen macht allerdings hiervon keinen Gebrauch. Es soll aber beabsichtigt sein, eine Ausstellungsgebühr von einer halben bis zu einer Reichsmark zu fordern. Das schießt natürlich weit über das Ziel hinaus. Denn es würde minderentlohnte Arbeitnehmer, denken wir z. B. an die äußerst schlecht bezahlten Heimarbeiterinnen, davon abhalten, rechtzeitig den Arzt in Anspruch zu nehmen, weil sie gar nicht in der Lage sind, den für sie nicht unbeträchtlichen Geldbetrag lediglich für diese Formalie aufzubringen. Die weitere Bestimmung, daß die Beteiligung der Versicherten mit 10% an den Kosten für Arzneien und Heilmittel fortfällt, bringt auch keine besondere Ersparnis, da in der Regel die Kassen darauf verzichtet hatten.

Nach den jetzigen Bestimmungen dürfen die Mittel der Krankenkassen nur zu den sachungsmäßigen Leistungen, zur Füllung der Rücklage, zu den Verwaltungskosten und für Zwecke der besonderen oder allgemeinen Krankheitsverhütung verwendet werden. Es ist nicht ersichtlich, warum letztere Bestimmung dahin abge-

Nach einer freundlichen Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Verwaltungsstelle, Kollegen A. Adermann — der auch über den 12. Kongreß der christlichen Gewerkschaften sprach — nahm Bezirksleiter Kollege Krumsdorf das Wort zu seinem im Mittelpunkt der Versammlung stehenden Vortrag über: „Die Lehren der Hildesheimer Verbandskonferenz“ — Zuerst gab er einen Ueberblick über die Entwicklung unseres Verbandes von seiner Gründung bis heute. Dann ging er, eingehend auf die Art und Möglichkeit der Werbearbeit in unserem Diaspora-bezirk ein, unter besonderem Hinweis auf den Jugendwerbemonat September und anschließend dem Monat Oktober. Am Sonntag, den 29. September fand in Chemnitz eine großzügige Hausagitation statt, an der sich viele Mitglieder beteiligten. Es folgte eine sehr rege Aussprache. U. a. wurde mit größtem Bedauern festgestellt, daß nach dem im Anfang des Jahres erfolgten Tode unseres verdienten Bezirksleiters Kollegen Robert Glerg (Chemnitz) die Verwaltungsstelle Chemnitz noch immer ehrenamtlich geleitet werden muß, wodurch naturgemäß auch die Werbearbeit erschwert wird und leidet. Eine Resolution, mit dem Ersuchen, baldmöglichst Chemnitz wieder zu besuchen, wurde einstimmig angenommen.

Magdeburg. Ca. 80 Delegierte des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes aus Anhalt, Halle, Thale und Magdeburg fanden sich am letzten Sonntag in Magdeburg zusammen. Der Bezirksleiter Kirchner stellte in einem längeren Referat ein farbenreiches Bild vor das geistige Auge. Im letzten Teile seiner Ausführungen fand die Entwicklung des Verbandes im ersten Halbjahr 1929 besondere Berücksichtigung. Aus dem Bericht war der durchaus zufriedenstellende Aufschwung in Mitteldeutschland zu ersehen. Wir gewinnen an Boden. Diese Tatsache entzündete eine vielseitige und äußerst interessante Diskussion. Sie war so reichhaltig an Erlebnissen, Methoden, Anregungen und Ideen, daß sie jedem Teilnehmer etwas mit auf den Weg gab. An die Zweispaltigkeit so vieler, die wohl den konfessionellen Vereinen angehören, ihren Austritt aus den sozialistischen Gewerkschaften aber noch nicht vollzogen haben, wurde des Öfteren erinnert. Durch Aufklärung soll hier in Zukunft mehr geschehen. Ebenso soll den Unorganisierten mehr zur Einsicht gebracht werden, welcher Hemmschuh sie für den Aufstieg der Arbeiterschaft sind. Alle versprachen, in der nächsten Zeit werbend tätig zu sein, um dem Christlichen Metallarbeiter-Verband auch in Mitteldeutschland den ihm gebührenden Platz zu sichern.

Ohlig. Am Samstag, den 26. 10. fand im Saale „Zweibrüder Hof“ unsere Jubiläums-Feier statt. Es hatte sich eine stattliche Anzahl von Kollegen mit ihren Familien eingeschunden, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auch die geladenen Ehrengäste waren fast ausnahmslos erschienen. Der Abend stand ganz im Zeichen unserer 5 Jubilare, welche 25 Jahre ununterbrochen unserem Verbandsangehörigen. Denn 25 Jahre lang in dem „Roten Solingen“, der Hochburg des DMD., das will etwas heißen. Diese Zeit enthält viele bittere Erfahrungen und Enttäuschungen Angesichts dieser großen Treue unserer Jubilare zum Verband hätten wir etwas unterlassen, wenn wir diesen Tag nicht gebührend gewürdigt hätten.

Der erste Vorsitzende der Sektion Ohligs II., Kollege Maxen, begrüßte die Erschienenen und rief ihnen ein herzliches Willkommen zu. Sodann brachte Hrl. Gert. Hannen einen recht passenden Prolog zum Vortrag. Die Festrede hielt der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitsamtes Dohwinkel, der Koll. Becker, welcher trefflich den Werdegang unseres Verbandes im Bergischen Lande schilderte und gleichzeitig in sehr kernigen Worten auf die Bedeutung dieses Tages hinwies. Nach Beendigung seiner Ausführungen nahm unser Geschäftsführer, Kollege Hebborn, die Ehrung der Jubilare vor. Er überreichte ihnen im Auftrage der Hauptverwaltung die Jubiläumsnadel nebst Ehrenurkunde. Durch

den großen Beifall brachten die Anwesenden ihre Anteilnahme an dem Ereignis zum Ausdruck. Den Höhepunkt erreichte der Abend bei der Uebergabe der Geschenke von Seiten der Sektionen.

Der Katholische Männer-Gesangverein hatte sich in sehr liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und half so mit, den Abend zu verschönern. Den fleißigen Sängern und seinem Dirigenten gebührt an dieser Stelle nochmals vielen Dank. Gegen 11,30 Uhr wurde die offizielle Feier mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen. P.

Düsseldorf. Am Samstag, den 19. Oktober, feierte die Ortsverwaltung Düsseldorf ihr 30 jähriges Bestehen. Außerdem galt es noch, 7 Jubilare für ihre 25 jährige Mitgliedschaft zu ehren. Eine große Teilnehmerzahl füllte den großen Saal des Paulushauses bis auf den letzten Platz. Der Geschäftsführer der Ortsverwaltung, Kollege Winand, begrüßte besonders die Jubilare mit ihren Familienangehörigen sowie den Festredner des Abends, den 2. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schmitz (Duisburg). Eine Reihe Ehrengäste waren anwesend, u. a. Herr Regierungsrat Secker als Vertreter der Regierung. Der Männerchor der christlichen Gewerkschaften verschönte den Abend durch exakte und musterghältige Wiedergabe der einzelnen Chöre.

Nach einem wirkungsvoll vorgetragenen Prolog hielt Kollege Schmitz die Festrede. Derselbe gab einen Rückblick auf die Entwicklung innerhalb der dreißig Jahre des Bestehens der Ortsverwaltung sowie des gesamten Verbandes. Daß die großen Schwierigkeiten und Kämpfe überwunden werden konnten, sei denen zu verdanken, die in treuer Mitgliedschaft dem Verbandsdienst hätten, ganz besonders aber den Jubilaren. Ihnen sowie allen Funktionären sprach Kollege Schmitz den Dank des Verbandes aus. Eines Mannes gedachte er, der in Düsseldorf lange Zeit die Führung des Verbandes hatte, und zwar des verstorbenen Kollegen Josef Leupke. Dank sagte der Redner auch den Frauen, die durch ihre Opferwilligkeit mit dazu beigetragen hätten, daß der Verband heute eine achtunggebende Stellung einnehme.

Anschließend fand die Ehrung der Jubilare statt durch Ueberreichung eines Diplomes und einer Ehrennadel an unsere sieben Jubilare.

Kollege Winand dankte zum Schluß allen denen, die zur Verschönerung des Abend beigetragen hatten und forderte die Anwesenden zu treuem Festhalten an unserem Verbands auf. B. B.

Ober-Roden (Kreis Dieburg). Vor kurzem fand bei Matthias Schrod eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Kostadt eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kollegen Zang (Offenbach) das Wort zu seinem Vortrag „Der Kampf um die Sozialversicherung und wir Metallarbeiter“. In längeren Ausführungen kam er auf die Abänderungsvorschläge von allen Richtungen, der Politik und der Wissenschaft zu sprechen, besonders auf solche wie von Hornegger, Sath und Dr. Lief. Er gab auch den Grund an, weshalb solche Leute glauben sagen zu müssen, daß „Irwege“ in der Sozialpolitik eingeschlagen würden, da ein großer Teil der Industriearbeiterschaft den gewerkschaftlichen Organisationen noch fernsteht. Besonders trifft das auch für die Metallindustrie zu. Wäre hier eine restlos organisierte Arbeiterschaft vorhanden, diese Herren würden nicht so reden. Eine rege Aussprache bestätigte die bedauerliche Tatsache, und man versprach, in der Werbearbeit alles zu tun, um im hiesigen Gebiete weiter vorwärts zu kommen. Die darauf folgende Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Johann Hornung, Vorsitzender; Johann Friedrich Hibel, Franz Adam Kerget, Franz Rebell und Philipp Graf als Beisitzer. Gegen Mitternacht konnte Kollege Kostadt die gut verlaufene Versammlung schließen mit der Bitte an die Kollegen, in der Werbearbeit alles daranzusetzen, die Mitgliederzahl in Ober-Roden zu erhöhen. Za.

„Ach, Unsinn!“ rief Frau Stadgrind beinahe energisch. „Unsinn! Sage nicht mit ins Gesicht solch dummes Zeug, Luise, denn du weißt recht gut, wenn es der Vater hörte, nähme das Reden darüber kein Ende. Und das nach aller Weisheit, die man sich mit euch gegeben hat! Nach den Vorlesungen, die sie gehört, und den Experimenten, die ihr gesehen! Nachdem ich dich, als meine ganze rechte Seite gelähmt war, mit deinem Lehrer über Verbrennung, Calzination, Calorifikation, genug, von so viel Aktionen habe reden hören, daß ein armer kranker Mensch darüber hätte verrückt werden können. Sprichst du nun in dieser lächerlichen Weise von Funken und Aische! Ich wünschte,“ rief Frau Stadgrind in weinerlichem Tone, indem sie einen Stuhl nahm und ihren größten Trumpf ausspielte, ehe sie diesen bloßen Schatten von Tatsachen erlag, „ich wünschte wirklich, ich hätte nie Kinder gehabt, und dann könntet ihr sehen, was ihr ohne mich machtet.“

Sissy's Fortschritte

Sissy Jupe hatte keine leichte Existenz zwischen Mr. M'Choakumchild und Frau Stadgrind und war in der ersten Probezeit oft in Versuchung geraten, davonzulaufen. Den ganzen Tag hagelten die Tatsachen so massenhaft auf sie herunter und das Leben im allgemeinen wurde ihr als ein so eng liniertes Rechenbuch dargestellt, daß sie gewiß davon gelaufen wäre, wenn nicht eine sie zurückgehalten hätte.

Beilagenswerterweise ließ sich dieser Grund ihres Bleibens auf keinen arithmetischen Beweis stützen, sondern war ein, allen vernünftigen Voraussetzungen spottender Gedanke, der gegen jede Wahrscheinlichkeitsberechnung verstieß, die ein Mensch der Tatsachen aus dem Vorhergegangenen hätte ziehen können. Das Mädchen glaubte noch immer nicht, daß ihr Vater sie für alle Zeit verlassen hätte, sondern lebte in der Hoffnung, er würde zurückkehren, und in dem festen Glauben, es würde ihm lieber sein, wenn sie bliebe wo sie war.

Die klägliche Unwissenheit, mit welcher Jupe an diesem Gedanken festhielt und den höheren Trost zurückwies, sich auf gesunder, mathematischer Grundlage zu überzeugen, daß ihr Vater ein herz- und gewissenloser Landstreicher sei, erfüllte Mr. Stadgrind mit Mitleid. Aber was war dabei zu tun. Mr. M'Choakumchild berichtete, daß sie keinen Kopf für Zahlen hätte, daß sie nachdem sie einen allgemeinen Begriff von der Erdbugel gewonnen, nur verschwindend geringes Interesse an den exakten Messungen derselben zeige, daß sie Daten und Jahreszahlen nur sehr schwer merke, daß sie imstande sei, in Tränen auszubrechen wenn sie schnell im Kopfe das Exempel lösen solle, wieviel zweihundertsiebenundvierzig Nusselnhauben kosten, wenn das Stück auf vierzehn Pence und einen halben zu stehen käme, daß sie noch immer den letzten Platz in der Schule inne habe und daß sie, obgleich seit acht Wochen in die Elemente der Staatswirtschaft eingeweiht, sich gestern von einem kaum drei Fuß hohen Knirps habe korrigieren lassen müssen, als sie auf die Frage nach dem Hauptprinzip dieser Wissenschaft, die lächerliche Antwort gegeben: „Was du willst, das dir die Leute tun sollen, das tue du ihnen auch.“

Mr. Stadgrind meinte kopfschüttelnd, das wäre alles sehr schlimm und zeige nur, wie notwendig es sei, auf der Mühle der Wissenschaft nach allen Seiten des Regiments weiter zu mahlen. Das geschah denn auch und Jupe wurde immer niedergeschlagenet, aber nicht klüger.

„Es müßte sehr schön sein, wenn ich wie Sie wäre, Miß Luise,“ sagte sie eines Abends, als Luise versucht hatte, ihr die Schulaufgaben für den nächsten Tag etwas klarer zu machen.

„Glaubst du?“

„Ich würde dann so viel wissen, Miß Luise, und alles, was mit jetzt so schwer fällt, würde mir leicht werden.“

„Du würdest deshalb um nichts besser, Sissy.“ (Fortsetzung folgt.)


Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 14

Duisburg, den 23. November 1929

Nummer 14

Zur Reform der Krankenversicherung

 Der Kampf gegen die Sozialversicherung wird seit längerer Zeit, abgesehen von der Arbeitslosenversicherung, in erster Linie gegen die Krankenversicherung geführt. Es handelt sich hierbei nicht nur um Bestrebungen gegen den weiteren Ausbau derselben, sondern um deren Abbau. Es soll nicht verkannt werden, daß im Laufe der Jahre sich mancherlei Mißstände gezeigt haben, die abänderungsbedürftig sind. Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitnehmer neben den sonstigen Abgaben zu leisten hat, ist so angestiegen, daß es zweifellos gerechtfertigt erscheint, auch auf diesem Gebiete über Ersparungsmaßnahmen nachzudenken. Ein jetzt im Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Referentenentwurf sieht Abänderungen vor, die einerseits gewisse Verbesserungen bringen, aber auch gegenüber dem jetzigen Stande der Krankenversicherung ganz ungerechtfertigte Verschlechterungen enthalten.

Es handelt sich um keinen fertig ausgearbeiteten, paragrafisierten Gesetzentwurf, sondern nur um Leitsätze, die den daran interessierten Kreisen zur Begutachtung vorgelegt worden sind.

Für bestimmte Berufsgruppen besteht eine sogenannte Verdienstgrenze, über die hinaus die Versicherungspflicht fortfällt. Sie betrug in der Vorkriegszeit jährlich 2500 RM, augenblicklich ist sie auf 3600 RM heraufgesetzt. Mit Recht weisen die Leitsätze darauf hin, daß dieser Betrag nicht mehr der Minderung der Kaufkraft des Verdienstes entspricht. Leider ist kein bestimmter Vorschlag gemacht worden. Wir sind der Ansicht, daß an einer Verdienstgrenze festgehalten werden muß. Es können nur Zweifel bezüglich deren Höhe bestehen. Wir glauben, daß im Augenblick ein Jahresverdienst von 4800 RM diejenige Grenze darstellen wird, bis zu der sich eine reichsgesetzliche Zwangsversicherung rechtfertigen läßt.

Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß Angestellte in höherer oder leitender Stellung in die Krankenversicherung einbezogen werden; allerdings auch nur bis zu der genannten Verdienstgrenze.

Ein Schmerzpunkt der Krankenversicherung ist die sogenannte freiwillige Weiterversicherung. Wenn ein Versicherter aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet, hat er das Recht, innerhalb einer gewissen Frist zu erklären, daß er freiwilliges Mitglied bleiben kann. Es ist nicht zu verkennen, daß diese generelle Bestimmung zu Mißständen geführt hat. Arbeitnehmer in hohen oder sehr hoch entlohten Stellungen hatten dadurch die Möglichkeit, sich durch verhältnismäßig niedrige Beiträge die Rechte an der Krankenversicherung zu erhalten. Den Ärzten ist zuzugeben, daß hierdurch ihre einträglichere Privatpraxis zu Unrecht eingeschränkt wird. Der Referentenentwurf will die Weiterversicherung durch eine Einkommensgrenze beschränken, und sieht dafür ein Jahreseinkommen von 6000 RM oder 8400 RM vor, weil darüber hinaus ein soziales Schutzbedürfnis nicht mehr vorliegt.

Auf dem Gebiete der Leistungen soll die Krankenhauspflege, die bisher nur eine Kannleistung war, zur Pflichtleistung erklärt werden, wenn nach der Natur der Krankheit oder nach den häuslichen Umständen ausreichende ärztliche Hilfe nur in einem Krankenhaus möglich ist. Ersparnisse sollen dadurch eintreten, daß das Krankengeld für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit, mit Ausnahme bei Betriebsunfällen, nicht gewährt wird.

Sehr viele Krankenkassen haben von dem jetzt ihnen zustehenden Recht Gebrauch gemacht, das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu zahlen. Und das mit Recht. Denkt man an die vielen Arbeiter, die stunden- oder tageweise entlohnt werden und im Erkrankungsfall sofort ihren Verdienst verlieren, so wäre es zweifellos ungerecht, ihnen für die ersten drei Tage das Krankengeld vorzuenthalten. Die weitere Bestimmung, daß das Krankengeld nur für Arbeitstage und nicht für Kalendertage gewährt werden soll, bringt keine nennenswerte Ersparnis, da ja in der Regel der Wochenverdienst der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegt wird und, auf den Tag gerechnet, derselbe Betrag herauskommt, ob man die Woche zu sechs oder sieben Tagen rechnet. Das Krankengeld, das gesetzlich schon jetzt 50% des Grundlohns beträgt, soll auf Grund der Satzungsbestimmung nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit auf 60% erhöht werden können, wozu für Frau und Kinder ein Zuschlag treten darf. Wir glauben, daß es in das Belieben der Krankenkasse gestellt werden muß, die Erhöhung, wie bisher, auf 75% vornehmen zu können und daß die Familienzuschläge als Mißbestimmung einzuführen sind. Das Hausgeld bei Krankenhauspflege betrug bisher gesetzlich die Hälfte des Krankengeldes, konnte aber bis zum vollen Krankengeld erhöht werden. Eine Erhöhung soll nur noch dadurch eintreten können, daß bei mehr als einem Angehörigen für jeden weiteren ein Zuschlag von einem Zehntel gezahlt wird, insgesamt aber nicht über die Höhe des Krankengeldes hinaus. Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld soll fortfallen, soweit der Versicherte neben seiner Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Die Folgerung hieraus, daß für solche Versicherte der Beitrag ermäßigt werden kann, muß in eine „Miß“-Bestimmung umgewandelt werden. Die Familienversicherung soll abhängig gemacht werden von einer dreimonatigen Kassenzugehörigkeit. Die Kosten für Arznei- und Heilmittel sind für Familienmitglieder aber nur zur Hälfte zu ersehen und beschränkt sich die Familienkrankpflege auf die Dauer von 13 Wochen, die nur durch die Satzung verlängert werden kann.

Den sogenannten Bagatellschäden, d. h. der Inanspruchnahme der Krankenkasse bzw. des Kassenarztes, bei nur leichten körperlichen Unstimmigkeiten, die vielleicht durch einfache Hausmittel zu beseitigen wären, glaubt der Entwurf dadurch begegnen zu können, daß die Ausstellung eines Krankenscheines von der Zahlung einer Gebühr abhängig gemacht wird. Schon jetzt müssen die Krankenkassen 10 bis 20 Pf. für die Verabfolgung eines Krankenscheines einfordern, die Mehrzahl der Kassen macht allerdings hiervon keinen Gebrauch. Es soll aber beabsichtigt sein, eine Ausstellungsgebühr von einer halben bis zu einer Reichsmark zu fordern. Das schießt natürlich weit über das Ziel hinaus. Denn es würde minderentlohnte Arbeitnehmer, denken wir z. B. an die äußerst schlecht bezahlten Seimarbeiterinnen, davon abhalten, rechtzeitig den Arzt in Anspruch zu nehmen, weil sie gar nicht in der Lage sind, den für sie nicht unbeträchtlichen Geldbetrag lediglich für diese Formalie aufzubringen. Die weitere Bestimmung, daß die Beteiligung der Versicherten mit 10% an den Kosten für Arzneien und Heilmittel fortfällt, bringt auch keine besondere Ersparnis, da in der Regel die Kassen darauf verzichtet hatten.

Nach den jetzigen Bestimmungen dürfen die Mittel der Krankenkassen nur zu den satzungsmäßigen Leistungen, zur Füllung der Rücklage, zu den Verwaltungskosten und für Zwecke der besonderen oder allgemeinen Krankheitsverhütung verwendet werden. Es ist nicht ersichtlich, warum letztere Bestimmung dahin abge-

ändert werden soll, daß sich die Krankenkassen „an den Aufgaben der Gesundheitsfürsorge und der hygienischen Volksbelehrung“ zu beteiligen haben. Diese neue Fassung dürfte für die Krankenkassen noch mehr als bisher dazu führen, sich an Ausstellungen, Vorträgen usw. zu beteiligen, die wirklich nicht zu ihren eigentlichen Aufgabengebieten gehören, aber beträchtliche Kosten zu Lasten der Versicherten verursachen.

Ueber die Errichtung und den weiteren Bestand von Krankenkassen sind neue Bestimmungen getroffen worden, die insbesondere verhüten sollen, daß durch die neue Schaffung kleiner Krankenkassen der Bestand der bestehenden gefährdet wird. Haben sich doch vielfach nicht rein handwerksmäßige Betriebe, sondern Fabriken usw. zu sogenannten freien Innungen zusammenschlossen, lediglich zu dem Zweck, Innungskrankenkassen auf diesem Wege errichten zu können, die aber mit ihren Leistungen weit hinter denen der Orts- usw. Krankenkassen verblieben. Darum ist unseres Erachtens die im Entwurf vorgesehene Bestimmung, daß neue Innungskrankenkassen nur für Sachinnungen errichtet werden können, dahin auszudehnen, daß dieses Recht den Handwerksinnungen vorbehalten bleiben soll.

Darüber hinaus müßte aber die noch jetzt geltende Bestimmung des § 276 fallen, daß mehrere Innungskrankenkassen auf Beschluß ihrer Ausschüsse vereint werden können.

Es ist oftmals viel geklagt worden über die seitens der Krankenkassen angesammelten Vermögen. Gesehlich soll diese Rücklage mindestens auf der Höhe einer Jahresausgabe gehalten werden. Der jetzige Entwurf sieht den vierten Teil der Jahresausgaben für ausreichend an.

Für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen soll beim Reichsarbeitsministerium ein „Hauptausschuß für Krankenversicherung“ gebildet werden, dem die wirtschaftlichen Spitzenvereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die Krankenkassenverbände, die Ärzteverbände, Vertreter des Reichsversicherungsamts und der Reichsarbeitsminister anzugehören haben.

Wenn eine Reform der Krankenversicherung auf Ersparnisse abzielen soll, dürfen letztere nicht bei den durchaus bewährten Leistungen der Kasse gemacht werden, wie sie leider der vorliegende Referentenentwurf aufzeigt. Warum denkt man nicht daran, an anderen Ausgaben zu sparen, die den Etat der Krankenkassen wesentlich belasten? Wir erinnern nur an die Honorare, die an die Ärztevereinigungen gezahlt werden und die auf Grund einer sorgfältig geführten Statistik durchaus nicht als unangemessen zu bezeichnen sind, oder an die ganz unverhältnismäßig hohen Beträge, die den Heilmittellieferanten und -Händlern zwangsläufig gezahlt werden müssen. St.

Ein neuer erfolgreicher Gasvergiftungsprozess



Der auf dem Neunkircher Eisenwerk als Transportarbeiter tätig gewesene Kollege Jakob Becker aus Freisen war am 25. August 1925 mit Reparaturarbeiten am Hochofen, Cowper Nr. 13, mit Ausmauern eines Winderhigers beschäftigt. Becker stand über der Kuppelöffnung und hatte Materialien zu den unten beschäftigten Arbeitern herunterzulassen und dafür zu sorgen, daß hierbei die unten beschäftigten Arbeiter nicht durch herabfallende Massen verletzt würden. Aus diesem Anlasse mußte er öfters hinunterrufen und die Mitarbeiter zur Vorsicht mahnen. Ob nun die unten am Cowper befindlichen Sicherheitsverschlüsse nicht ordnungsgemäß zugesperrt waren, oder ob Becker durch die seitlichen Öffnungen eines in der Nähe befindlichen Compers Gas zugetrieben erhielt, konnte nicht ein-

wandfrei festgestellt werden. Jedenfalls hatte sich B. am oben genannten Tage und auch zwei seiner Mitarbeiter eine schwere Gasvergiftung zugezogen. Es war also für diesen Tag ohne weiteres klar, und das wird auch durch Zeugen erhärtet, daß das Einatmen von Gasen besonders heftig war. B. soll nach dem Gaschlucken drei Stunden bewusstlos gewesen sein. Der Mitarbeiter W. war ebenfalls längere Zeit bewusstlos und nachher zum Kranksein verurteilt. Dasselbe galt für den Mitarbeiter L., der vom 2. bis 29. September 1925 krank feiern mußte. B. hatte später die Arbeit wieder aufgenommen. Er klagte jedoch immer über heftige Kopfschmerzen. Am 20. 3. 1926 legte er sich wiederum krank hin und verstarb schon am 23. 3. 1926.

Im Auftrage der Ehefrau stellte nun unser Christlicher Metallarbeiterverband bei der Gewerblichen Berufsgenossenschaft Antrag auf Unfallhinterbliebenenrente, da wir die Ansicht vertraten, daß der Tod infolge des am 25. 8. 1925 geschluckten Gases, also infolge von Gasvergiftung eingetreten sei. Die Berufsgenossenschaft suchte den Anspruch auf Entschädigung abzulehnen, da nach ihrer Ansicht ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes nicht vorläge und Becker an einer sogen. Gewerbekrankheit gestorben sei. Das Knappschafts-Oberversicherungsamt lehnte ebenfalls die beantragte Rente ab, unter Berufung auf den Obduzentenbericht und das Gutachten des gerichtsarztlichen Ausschusses für die Rheinprovinz. Die Obduzenten gaben ihr Gutachten dahin ab: „Der Tod ist wahrscheinlich an einer akuten Herzschwäche erfolgt, im Anschluß an eine vielleicht hochgiftige Infektionskrankheit.“ Das Sektionsprotokoll wurde vom gerichtsarztlichen Ausschuss als mangelhaft bezeichnet, so daß sichere Rückschlüsse auf die Todesursache des B. überhaupt nicht mehr gemacht werden konnten. Der gerichtsarztliche Ausschuss gab sein Gutachten dahin ab:

1. daß die in dem Obduzentengutachten festgestellte Todesursache nicht als Folge einer am 25. 8. 25 erlittenen akuten Hochofengasvergiftung anzusehen ist, daß der Tod dagegen auf eine immer wiederkehrende Aufnahme kleiner Mengen Hochofengase vielleicht zurückgeführt werden könnte;
2. daß sich keine Anhaltspunkte dafür finden, um mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Tod des Shemannes der Berufungsklägerin durch die am 25. 8. 25 erlittene akute Hochofengasvergiftung beschleunigt worden ist.

Das Knappschafts-Oberversicherungsamt schloß sich der These der immer wiederkehrenden Aufnahme von Hochofengasen in kleineren Mengen an und daß es sich im vorliegenden Falle nicht um einen Unfall im Sinne des Gesetzes mit Rentenbewilligung handelte. Unser Verband gab sich auch mit diesem Urteil nicht zufrieden und legte Rekurs bei dem Landesversicherungsamt für das Saargebiet in Saarlouis ein. Die These von der „immer wiederkehrenden Aufnahme kleinerer Mengen“ konnte in unserem Falle nicht standhalten, da B. doch kein Hochofenarbeiter war, der dauernd in einer solchen Atmosphäre arbeiten mußte, sondern doch nur vorübergehend mit Reparaturarbeiten am Cowper be-

**BEACHTET
AUCH KLEINE WUNDEN!**



Lieber
10
Minuten
Vorsicht

als
10
Wochen
Blut-
vergiftung



schäftigt war. Dazu kam, daß an dem Unglückstage auch noch zwei seiner Mitarbeiter in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der Vertreter unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes stellte daher beim Landesversicherungsamt den Antrag, ein Obergutachten, und zwar durch Herrn Professor Dr. Lewin, Berlin, der als Sachmann für Kohlenoxydgasvergiftungen gilt, einzuholen. Dem kam auch in dankenswerter Weise das Landesversicherungsamt nach. Die Beurteilung des Falles durch Herrn Professor Dr. Lewin ist nach verschiedenen Seiten hin sehr interessant. Lewin widerlegte nicht nur die Ansicht der vorher sich gutachtlich geäußerten Ärzte, daß B. an einer chronischen, d. h. an einer gewerblichen Kohlenoxydgasvergiftung gestorben sei, sondern er kam auch zu dem unzweideutigen Urteil, daß B. mit Sicherheit an den Folgen einer Kohlenoxydgasvergiftung gestorben sei. Der Werksleitung machte Herr Professor Dr. Lewin den schweren Vorwurf, daß sie an eine solche gefährliche Stelle wie am Winderthier, wo schon nachweislich andere Arbeiter als B. vergiftet worden seien, die Arbeiter nicht mit einem sicheren Atmungsapparat versehen hätte. Trotz einer Gegenäußerung des Medizinalrates Dr. Trögele, Direktor des Medizinaluntersuchungsamtes Saarbrücken, daß die Todesursache nicht die Folge einer am 25. 8. 1925 erlittenen akuten Kohlenoxydgasvergiftung sei, sondern, daß nur die Möglichkeit der sich immer wiederholenden Aufnahmen kleinerer Mengen von Kohlenoxydgas allmählich zu einer Schädigung des Organismus geführt habe, und seines Antrages, noch ein Gutachten des Instituts für gerichtliche Medizin der Universität Berlin einzuholen, kam der Spruchsenat zu der Auf-

fassung, daß der Tod des B. eine Folge akuter Gasvergiftung gewesen sei. Der Senat schloß sich dem Gutachten von Professor Dr. Lewin an und hob den Endbescheid und das Urteil des Knappschafts-Oberversicherungsamtes auf. Der Senat bekannte sich also dazu, daß am 25. 8. 1925 ein akutes plötzliches Ereignis vorgelegen, das den Tod verursacht hätte. Der Witwe wurde dadurch die Hinterbliebenenrente zugesprochen.

Durch Bescheid vom 17. 10. 1929 erhielt die Witwe von der Berufsgenossenschaft die Nachricht, daß ihr eine Nachzahlung von 26 947,04 Frs. zuflände. Des weiteren eine Monatsrente von 827,10 Frs.

Jahrelang mußte in diesem Falle gekämpft werden, um zum Ziele, um zu diesem Erfolge zu gelangen. Manche Widerstände galt es zu überwinden. Der einzelne, der Alleinstehende, hätte sie sicher nicht überwunden. Das konnte nur die gewerkschaftliche Organisation, der Christliche Metallarbeiterverband. Mögen alle diejenigen, die abseits alleine stehen, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, bedenken, daß ein jeder in eine solche Situation kommen kann und daraus den Schluß ziehen, daß er oder seine Hinterbliebenen nur dann geschützt dastehen, wenn der Verband kämpfend für sie eintritt. Solche wichtigen Fälle gilt es aber auch, in der Werbearbeit gebührend auszunützen und den Unorganisierten zu zeigen, daß nur die gewerkschaftliche Organisation das Recht der Arbeiter wahren kann.

Delheid, Neunkirchen.

Frist zur Anmeldung von Berufskrankheiten

Mach der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 10. Februar 1929 können auch Berufskrankheiten entschädigt werden, welche durch eine Beschäftigung in der Zeit zwischen dem 31. Dezember 1919 und dem Inkrafttreten der neuen Verordnung, das ist der 1. Januar 1929, entstanden sind. Um diese Rückdatierung oder Rückwirkung der Verordnung wurde lebhaft gekämpft, insbesondere der Christliche Metallarbeiterverband setzte sich energisch dafür ein, weil dadurch zahlreiche Härten ausgeglichen werden können.

Die Anmeldefrist für diese in der Zeit seit dem 31. Dezember 1919 entstandenen Berufskrankheiten läuft am 31. Dezember

dieses Jahres ab und es erscheint notwendig, in Versammlungen, Konferenzen usw. nochmals eingehend auf diesen Anmeldetermin hinzuweisen, damit keine berechtigten Ansprüche aus diesem Grunde verloren gehen. Die Anmeldung dieser rückliegend entstandenen Berufskrankheiten erfolgt bei der Unfallberufsgenossenschaft, welcher der Betrieb, dessen schädigende Einwirkung die Berufskrankheit verursacht hat, angehört. Name und Adresse der zuständigen Berufsgenossenschaft sind in jedem Betrieb auf dem Unfallverhütungsvorschriftenplakat angegeben. Unsere Betriebsvertreter sind jedenfalls in der Lage, darüber Aufschluß zu geben.

Bei Beurteilung der Frage, ob es sich um anzumeldende Berufskrankheiten handelt, ist darauf zu achten, ob dieselbe nach der Verordnung als endschädigungspflichtig anerkannt ist. Die Ver-

Als Handwerksbursche durch Uruguay

Hans Struwe.

II.

Nachdem die Leute die Uhr betrachtet hatten, schloß mein Kamerad den Deckel und steckte sie wieder seelenruhig in seine Tasche. Alle Blicke folgten seiner Bewegung. „Was kostet die Uhr?“ fragte der Patron, und mit größter Ruhe erklärte der Bayer: „Fünf Pesos.“ Dem Patron schien der Preis etwas zu hoch; er bot vier Pesos. Doch der Bayer schüttelte den Kopf. „Nein, Señor, Sie irren“, erwiderte er, „ich will die Uhr ja gar nicht verkaufen, sie hat mich nur soviel gekostet. Es ist mein letztes Andenken an Deutschland, unser Vaterland — die Uhr ist ein Stück Heimat, das mir die Fremde erträglich macht. Wie würde ich sie verkaufen und mein letztes Andenken hergeben. Es ist eine deutsche Uhr, ihr habt euch alle von ihrer Güte überzeugt.“ Der Patron bestätigte dies lebhaft. „Das könnt ihr als Freunde nicht verlangen, daß ich die Uhr verkaufe. Gewiß, wir sind arm und hoffen in Brasilien, wo viele Deutsche leben, Arbeit zu erhalten, damit es uns besser geht.“ — Mir wurde es angst, als der Bayer immer abriet, anstatt den Kauf zu fördern. Ich wollte mich schon ins Mittel legen, als mein Kamerad die Uhr wieder vorzog und sie an sein Ohr hielt. „Liebe, gute Uhr!“ sagte er zärtlich. Anstatt den Patron von seinem Wunsch abzuhalten, hatte die Rede des Bayern die Eier noch erhöht, und ich mußte meinen Kameraden im stillen bewundern, wie er mit allem Raffinement eines Handelsmannes seine Kunden bearbeitete und übervorteilte.

Der Patron glaubte, daß wir uns von der Uhr nicht trennen könnten, weil sie ein Andenken wäre. Aber er sei unser Freund, und da wäre es ihm um so lieber, wenn er die Uhr bekäme, denn wenn er sie betrachten würde, müßte er immer an unsere Heimat und unser Wohlergehen denken. Da wäre es eigentlich unsere Pflicht, sie ihm zu verkaufen. Wir sollten keinen Schaden leiden und die Zeit, die wir sie getragen hätten, wolle er uns nicht anrechnen, sondern uns zahlen, was die Uhr gekostet habe. Er nähme bestimmt an, daß auch ich als sein Kamerad dieselbe Uhr hätte, und auch diese wolle er für seinen ersten Pion haben. Als gute Freunde sollten wir uns dieser Freundschaft würdig erweisen.

Die Augen des bevorzugten Pion leuchteten bei diesen Worten des Patrons auf, und schon streckte er die Hand nach mir verlangend aus, doch ich tat, als hätte ich von all den Reden nichts verstanden.

Jetzt mußte der Bayer den Dolmetscher machen was die Leute indes als Beratung auffaßten, und der Handel wurde geschlossen, aber nur, weil wir gute Freunde und arm waren und das Geld als Rotgroschen brauchten.

Warum kaufte sich der Patron nicht in der Stadt eine gute Uhr, da er ein reicher Mann war?

Die Bewohner der Prarie sind genügsam und laufen Sonn- und Werktags in solch armseliger Kleidung herum, wie kaum ein Landstreicher bei uns. Für wen sollten sich die Menschen putzen — für ihr Pich, für die Wildnis? Die Nachbarn wohnen weit auseinander, so daß keiner das Haus des anderen sieht, und dieser kleidet sich genau so wie sein Nachbar.

Die Farmer kommen selten zur Stadt, und je weiter die Stadt im Innern liegt, desto teurer sind die Luxusartikel, denn eine Uhr bedeutet für den Südamerikaner überflüssigen Luxus. Die Zeit sieht er am Stande der Sonne, nachts schläft er, und sollte er wach sein, so liest er aus dem Stand der Gestirne die Stunden.

Je weiter wir ins Innere vordrangen, desto mehr gewannen unsere Uhren an Zugkraft. Die ersten Uhren hatten einen Erlös von fünf Pesos gebracht. Jeder erhielt ein englisches Goldstück, ein Pfund und noch etwas Kleingeld. Wenn es so weiter ging, war es recht.

Nie ließ sich der Bayer dazu verleiten, mehr als eine Uhr herzugeben, obwohl wir schon in einem Hause allein fünf Stück verkaufen konnten. Er blieb seinem Vorjah treu und tat recht daran. Wir durften der Sicherheit halber nicht als Händler auftreten, sondern mußten überall als arme Reisende gelten.

So zogen wir langsam, aber sicher unsern Weg. Die Eisenbahnlinie hatten wir längst verlassen und wanderten auf den Präriestrasen dahin. Wir richteten es nach Möglichkeit so ein, daß wir Mittags bei einem Rancho rasteten, was gleichbedeutend mit dem Verkauf zweier Uhren war.

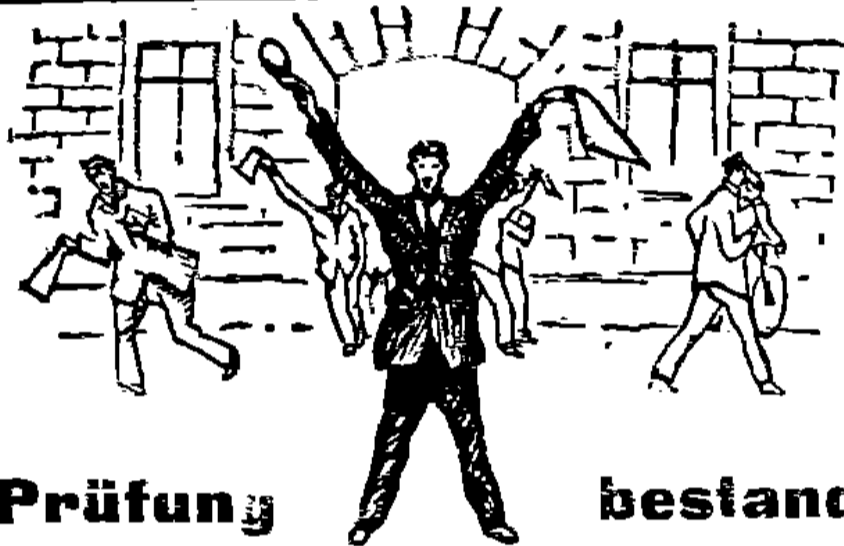
Unsere Taschen füllten sich mit englischem Gold und den großen, schweren Silberstücken der Republik Uruguay, das viele Geld wurde jetzt schwerer, als vorher alle Uhren zusammenwogen.

ordnung mit dem Verzeichnis der anerkannten Berufskrankheiten ist in Nummer 9 unseres Verbandsorgans, sowie in dem vom Verband herausgegebenen Schriftchen: „Gewerbesten als Berufsunfälle“ abgedruckt. Das Schriftchen ist bei den Ortsverwaltungen zu haben. Die Krankheit muß ferner durch eine Beschäftigung in einem Betriebe oder bei einer Tätigkeit entstanden sein, die der Versicherung gegen diese Krankheiten unterliegt.

Ebenso ist zu beachten, daß nur Berufskrankheiten entschädigt werden, die beim Inkrafttreten der Verordnung (1. 1. 1929) noch bestanden. Hat jemand nach dem 31. 12. 1919 eine Berufskrankheit gehabt und sind deren Folgen vor dem Inkrafttreten der Verordnung behoben, so hat er für den vergangenen Schaden keinen Erstattungsanspruch. Dasselbe gilt für Hinterbliebene, deren Ernährer zwar an einer Berufskrankheit erkrankt war, aber vor dem Inkrafttreten der Verordnung gestorben ist. Das mag mancherlei Härten bedeuten, sie sind von der Verordnung aber nicht anerkannt.

Diese Uebergangsvorschriften gelten nicht für die Berufskrankheiten, welche bereits nach der Verordnung vom 12. Mai 1925 zu entschädigen waren, auch wenn die Krankheit bereits vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung entstanden ist. Für sie gilt die zweijährige Anmeldefrist des § 1546 der Reichsversicherungsordnung.

Ungert



Die Prüfung bestanden!

Auch Sie werden Ihre Prüfungen bestehen und Ihr Ziel erreichen. Trauen Sie sich weniger zu als Unzählige, die sich nur mit Volksschulbildung erfolgreich zur Obersekundareife und zum Abitur durch Rustin (neben ihrem Beruf) vorbereiteten? Wir bereiten Sie vor zur Obersekundareife und zum Abitur, zu kaufmännischen Stellungen und in der Musikwissenschaft. Ferner Ausbildung auf allen Gebieten der Technik: Maschinenbau, Elektrotechnik, Bergbau, Hoch- und Tiefbau, Weberel, Handwerk usw. Teilen Sie uns mit, was Sie erstreben und welche Vorbildung Sie besitzen. Mit Rat und Auskunft, sowie kostenlosen Prospekten sieht Ihnen das **Rustinsche Lehrinstitut, Potsdam - Ta. 194**, gern zu Diensten.

Bekanntmachung

Sonntag, den 24. November, ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Arbeiterbildung als Grundlage des Arbeiteraufstiegs (G. W.), S. 737. Werbearbeit für unsern Verband (Jakob Sohn, Essen), S. 738. Organisierte Unwirtschaftlichkeit und Steuerzahler (Wr.), S. 739. Wirtschaftsgespensier im Saargebiet (c. l.), S. 740. Internationale Finanzkämpfe und Arbeiterchaft (Hans Imhoff), S. 741. Bezirkskonferenz des Bezirks Danzig-Ostpreußen (Rich. Galkowski), S. 742.

Umschau:

Koldenhauer Wirtschaftsminister (...), S. 743. Kohlenbezug im Saargebiet, S. 743. Der Vogel des „Regulator“, S. 744.

Branchenbewegung:

Badisches Schlosser- und Mechanikergewerbe (G.), S. 744. Das Los der Industrieisenbahner (...), S. 744. Walzwerksarbeiter (H.), S. 744. Autogen-Schweißer und Brenner (G.), S. 745. Elektromonteur (M.), S. 745.

Aus den Betrieben:

Aus dem Aachener Siebereigewerbe (M.), S. 746. Stahl- und Walzwerk Jennigsdorf (G. D.), S. 746. Arbeitsgerichtsbarkeit und Klarheit (S.), S. 747.

Verbandsgebiet:

Gotha (H.), S. 747. Chemnitz (L.), S. 747. Magdeburg (A.), S. 748. Ohligs (P.), S. 748. Düsseldorf (B. B.), S. 748. Ober-Roden (Sa), S. 748.

Unterhaltung:

Sarte Seiten (Charles Dickens), S. 745. Als Handwerksbursche durch Uruguay (Hans Struwe), S. 751.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Zur Reform der Krankenversicherung (St.), S. 749. Ein neuer erfolgreicher Gasvergiftungsprozeß (Delheid, Reunkirchen), S. 750. Frist zur Anmeldung von Berufskrankheiten (Ungert), S. 751.

Bekanntmachung:

Seite 752.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapelfor 17 Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg

Das Wandern bei der großen Hitze in der schattenlosen Prärie wirkte bald sehr ermüdend, und oft fehlte es uns an Wasser. Je weiter wir vordrangen, desto spärlicher wurden die Ansiedlungen, und wir konnten oft an einem Tag kein Haus erreichen. Wir mußten große Entbehrungen ertragen, und gern hätten wir für einen Trunk Wasser ein Goldstück bezahlt.

Erinnerungen an Präriegezeiten erwachten in mir, die ich als Kind gelesen hatte; da sollte es in der Prärie von Wild nur so wimmeln. O ihr Toren, hier sah man nur Skorpione, Taranteln und buntschillernde kleinen Schlangen, deren Gift man als penetrante Ausdünstung roch.

Immer schwerer wurde es dem erschöpften Körper, sich weiter zu schleppen, und unser Gold und Silber drückte und brannte in der Tasche. Der Sack mit den Kleidungsstücken schien zentnerschwer zu sein, und schon wollten wir ihn samt den Sachen wegwerfen.

Doch nein, stark sein, nicht verzweifeln! Die nächsten Stunden konnten ja Rettung bringen! Taumelnd schleppten wir uns weiter. Da tauchten in der Ferne Hüten auf, und neue Hoffnung belebte uns. Die Gegend änderte ihren Charakter, aus der Prärie war Steppe geworden. Sträucher und vereinzelt niedrige, kümmerliche Bäume tauchten auf. Die Hitze flimmerte uns vor den Augen. Sprechen konnten wir schon lange nicht mehr. Wie eine dicke Fleischmaße lag uns die Zunge im Munde, und der Versuch zu sprechen, ergab nur ein qualvolles Lallen. Doch dort in den Hüten wohnten Menschen, dort winkte Rettung. Mit Aufbietung unserer letzten Kraft schleppten wir uns vorwärts, doch als wir zu den Hüten kamen, waren es verlassene Termitenbauten. Diese Erkenntnis wirkte niederschmetternd auf uns, und die durch die Hoffnung aufrecht erhaltene Kraft und Willensstärke brach zusammen. Doch da lag in der Nähe ein Gürteltier, und jetzt war unsere Rettung gewiß, denn wo dieses Tier sich aufhielt, da konnte auch Wasser nicht mehr fern sein. Wir warfen unsern Kleidersack auf den Boden und machten uns auf die Suche nach Wasser. Der Bayer hatte auch bald Erfolg, und ich sah ihn auf eine Gruppe Sträucher weilen. Ich wandte mich ebenfalls der Richtung zu — da schimmerte ein kleiner Tümpel in einer Vertiefung. Ins Gedröhre huschten giftige Schlangen, die sich am Boden gesonnt hatten. Das Wasser, das uns jetzt anstarrte, war trüb und roch widerlich, einerlei, es war Wasser und spendete dem Körper Erfrischung. Mit Todesverachtung

wollte ich mich auf den Boden werfen und trinken, doch schnell riß mich mein Kamerad mit übermenschlicher Kraft und Willensstärke zurück. War er wahnsinnig geworden? Stier traten seine Augen aus den Höhlen.



sein Anblick war grauenhaft. „Ich will trinken“, schrie ich, doch es kam nur ein schmerzliches Lallen aus meinem Munde. Sprechen konnte auch mein Freund nicht und seine Gesten war mir unverständlich. Jetzt hieß es kämpfen, denn der Mann war wahnsinnig und machte mir die Wasserstelle freitig. Mit Gewalt wollte ich mich losreißen, doch im selben Augenblick fühlte ich einen Schlag gegen die Schläfe, der Schädel jammte und ich brach bewußtlos zusammen. (Fortsetzung folgt.)

(Aus dem empfehlenswerten Buch „Am die Welt“, Verlag Köhler, 1 RM.)